

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1994

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Ausgewählte Vorhaben der Wirtschaftsstatistik der Europäischen Union	263	Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, EUROSTAT, plant ein Statistikprogramm, das in vielen Teilen über das bisherige nationale Programm der Bundesrepublik hinausgeht. Betroffen sind hier in erster Linie die Wirtschaftsstatistiken.
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung 1970 bis 1993	270	Bei der Revision 1991 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder wurden die Ergebnisse ab 1970 überarbeitet. Der Beitrag informiert über die Entwicklung der zentralen Aggregate der Entstehungsrechnung, das Bruttoinlandsprodukt und die Bruttowertschöpfung.
Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel 1993	277	Als Ergänzung zur vierteljährlichen Verdiensterhebung gibt die Bruttojahresverdiensterhebung Auskunft über die Höhe und Entwicklung der insgesamt in einem Jahr gezahlten Löhne und Gehälter einschließlich aller Sonderzahlungen.
Das Vermögen der natürlichen Personen 1989	282	Die Ergebnisse der Vermögensteuerstatistik werden dargestellt.
Landesinformationssystem	286	Seit Juli 1990 können Interessenten das Landesinformationssystem über eigene Terminals unmittelbar nutzen. Es wird dargestellt, wie sich die Datennachfrage in dieser Zeit entwickelt hat.
Anhang	81 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	87 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Bestellkarte

Ich bestelle _____ Exemplar/e

**Oberbürgermeister, Landräte und
Bürgermeister**

zum Preis von 2,00 DM

ab 10 Exemplare 1,50 DM

ab 50 Exemplare 1,00 DM

Name / Dienststelle / Firma:

() _____

Name des Bearbeiters

Unterschrift

80 Pf.
Porto

POSTKARTE

**Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16**

56130 Bad Ems

Neuerscheinung

Rheinland-Pfalz



1994

Oberbürgermeister,
Landräte und
Bürgermeister

Statistisches Landesamt

Das Verzeichnis „Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister in Rheinland-Pfalz“ wurde überarbeitet und nach dem Stand Oktober 1994 neu aufgelegt. Es enthält neben den Namen der Bürgermeister und Landräte Anschrift, Telefonnummer und soweit vorhanden Telefaxnummer der Verwaltungen der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte, der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden sowie der Kreisverwaltungen. Ein Register erleichtert das Auffinden der einzelnen Verwaltungen.

Es kann beim Statistischen Landesamt, Mainzer Straße 14 - 16, 56130 Bad Ems, bestellt werden. Der Stückpreis beläuft sich auf 2,00 DM, *ab 10 Exemplaren auf 1,50 DM, ab 50 Exemplaren auf 1,00 DM.*

Ausgewählte Vorhaben der Wirtschaftsstatistik der Europäischen Union

Mit dem Zusammenwachsen Europas erhalten auch die bisherigen nationalen Statistiken eine neue Dimension. EUROSTAT, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, ist zuständig für den Aufbau eines gemeinschaftlichen Statistiksystems. Ein europäisches Statistikgesetz und statistische Rahmenprogramme harmonisieren die Arbeiten der nationalen Ämter und bestimmen – bei einem Anteil der bundeseinheitlichen Statistiken von rund 95 % – zunehmend das Aufgabenspektrum auch der statistischen Landesämter.

In diesem Beitrag werden einige ausgewählte Vorhaben aus dem Bereich der Wirtschaftsstatistiken angesprochen, die auf EG-Verordnungen basieren oder deren Rechtsgrundlagen von EUROSTAT derzeit vorbereitet werden. Es handelt sich um den Aufbau von einheitlichen Unternehmensregistern, die Einführung der Wirtschaftszweigklassifikation NACE Rev. 1, den Übergang auf das revidierte Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen '95, die Statistik über die Unternehmensstruktur, Einführung von Konjunkturindikatoren, die Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes, eine neue Lohnstatistik, Verkehrsstatistiken und Tourismusstatistiken. ge

Mehr über dieses Thema auf Seite 263.

Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft

Von 1970 bis 1993 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 52,2 Mrd. DM oder 66 % auf 131,4 Mrd. DM. Das waren im vergangenen Jahr durchschnittlich 86 550 DM je Erwerbstätigen, womit die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität um 62 % höher lag als 1970.

Die sektorale Struktur der rheinland-pfälzischen Wirtschaft hat sich im Zeitraum von 1970 bis 1993 deutlich verändert. Gemessen am Beitrag der Wirtschaftsbereiche zur realen Bruttowertschöpfung des Landes zeigt sich neben dem weiteren Rückgang der Land- und Forstwirtschaft ein erheblicher Bedeutungsverlust für Teilbereiche des produzierenden Gewerbes, und zwar das verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe. Stellten diese beiden Bereiche 1970 noch 48 % der gesamtwirtschaftlichen Leistung, waren es 1993 noch 39 %.

Dagegen konnten der dritte Zweig des sekundären Sektors, die Energie- und Wasserversorgung, sowie die den Dienstleistungen zuzurechnenden Bereiche Ver-

kehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung und die sogenannten sonstigen Dienstleistungen kräftig expandieren. Der Anteil der privatwirtschaftlichen Dienstleistungen an der gesamten Wertschöpfung stieg von 31 % auf 41 %. Am Leistungszuwachs der rheinland-pfälzischen Wirtschaft im Zeitraum von 1970 bis 1993 hatten diese Bereiche mit 56 % teil.

Zieht man die von Staat, privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck erbrachten nichtgewerblichen Dienstleistungen mit ein, ergibt sich für den tertiären Sektor ein Anteil von 57 % an der realen Bruttowertschöpfung 1993. ker

Mehr über dieses Thema auf Seite 270.

Industriearbeiter kamen 1993 auf einen Bruttojahresverdienst von rund 52 640 DM

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der rheinland-pfälzischen Industriearbeiter stieg im Jahre 1993 um 2,1 % auf 52 640 DM. Männer erzielten 54 810 DM (+ 1,6 %), Frauen 38 250 DM (+ 3,1 %). Ein Vergleich der einzelnen Wirtschaftsbereiche zeigt deutliche Unterschiede hinsichtlich der Höhe und Entwicklung der Bruttojahresverdienste. Die höchsten Löhne wurden mit 62 330 DM in der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung gezahlt. In der Verbrauchsgüterindustrie verdienten die Arbeiter im Durchschnitt 46 400 DM. Die größten Lohnzuwächse im Vergleich zu 1992 erzielten mit 4,1 % die Arbeiter der Bauindustrie, dagegen fiel die Lohnsteigerung in der Investitionsgüterindustrie mit 0,3 % deutlich niedriger aus.

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der Industrieangestellten betrug 76 330 DM (+ 2,9 %). Aufgrund der unterschiedlichen Beschäftigtenstruktur blieb das Jahresgehalt der weiblichen Angestellten trotz höherer Steigerungsrate (+ 4 % gegenüber + 2,5 %) mit 55 986 DM hinter dem ihrer männlichen Kollegen (83 383 DM) zurück.

Angestellte im Bereich Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe verdienten mit durchschnittlich 56 110 DM 5,1 % mehr als im Vorjahr, allerdings über 20 000 DM weniger als die Angestellten in der Industrie. Männer erzielten 66 607 DM (+ 5,3 %), Frauen 46 464 DM (+ 5,7 %). ky

Mehr über dieses Thema auf Seite 277.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Oktober 1994		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Okt. 1993 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	116,6	2,3
Bekleidung, Schuhe	118,3	1,0
Wohnungsmieten	138,7	4,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	91,2	- 0,1
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	120,7	1,6
Güter für		
Gesundheits- und Körperpflege	127,3	3,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	125,7	2,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	118,6	1,6
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	143,9	5,3
Gesamtlebenshaltung	124,0	2,8
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	123,4	2,8
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	125,1	3,0
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	123,8	3,1

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Einzelhandelsumsatz im August plus 6 Prozent

Im August 1994 setzten die rheinland-pfälzischen Einzelhändler nominal 6 % mehr um als im gleichen Monat des Vorjahres. Den stärksten Umsatzzuwachs (+ 14 %) verzeichnete der Einzelhandel mit Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen.

In den ersten acht Monaten des Jahres 1994 erhöhte sich der Umsatz des Einzelhandels gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1,4 %. Umsatzsteigerungen wurden vor allem im Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen (+ 6 %), Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen (+ 6 %), pharmazeutischen und

kosmetischen Erzeugnissen, medizinischen Artikeln, Reinigungsmitteln (+ 4,6 %) sowie Einrichtungsgegenständen (+ 3,1 %) erzielt.

Die Zahl der Beschäftigten insgesamt sank im gleichen Zeitraum um 1 %. Dabei fand eine Verlagerung zur Teilzeitbeschäftigung statt. Es gab fast 4 % weniger Vollzeittätige, aber knapp 3 % mehr Teilzeitarbeitskräfte. jut

Fast 5 000 Sozialwohnungen öffentlich gefördert
3. Förderungsweg hat sich etabliert

Im Jahre 1993 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 4 940 Sozialwohnungen bewilligt. Die Anzahl der öffentlich geförderten Wohnungen lag um rund 2 % über dem Vorjahresergebnis (4 840).

Im 1. Förderungsweg erhielten die Bauherren für 1 451 Wohnungen (- 41 %), im 2. Förderungsweg für 1 321 (+ 25 %) die Zusage öffentlicher Mittel. Im Rahmen der vereinbarten Förderung (3. Förderungsweg) wurden Mittel für den Bau von 2 168 (+ 63 %) Wohnungen bewilligt. Seit Einführung des 3. Förderungsweges im Jahre 1989 wurden damit erstmals die meisten Sozialwohnungen mit dieser Fördervariante subventioniert (44 %).

Von den geförderten Wohnungen waren 1 888 (38 %) Eigentums- bzw. Eigentümerwohnungen, 3 052 (62 %) waren zur späteren Vermietung vorgesehen. Das Finanzierungsvolumen aller geförderten Wohnungen bezifferte sich 1993 auf fast 1,4 Mrd. DM. Davon waren 251 Mill. DM Mittel aus öffentlichen Haushalten (18 %), 617 Mill. DM vom Kapitalmarkt (45 %) und 494 Mill. DM (37 %) sonstige Mittel, die überwiegend aus Eigenleistungen (412 Mill. DM) bestehen. hes

Durchschnittliche Kartoffelernte

Mit gut 335 000 t wurde in diesem Jahr in Rheinland-Pfalz eine durchschnittliche Kartoffelernte eingebracht. Trotz einer Ausweitung der Anbauflächen von 6 % liegt sie um knapp 2 % niedriger als im Vorjahr. Rund ein Drittel der Erntemenge entfällt auf Frühkartoffeln.

Die Flächenleistung der Frühkartoffeln ist mit 303 dt/ha etwas niedriger als im Vorjahr aber dennoch leicht überdurchschnittlich ausgefallen. Bei den mittelfrühen und späten Kartoffeln (312 dt/ha) wurde nach den landesweiten Proberodungen im Rahmen der Besonderen Erntermittlung ein um 10 % niedrigerer Ertrag als 1993 ermittelt. Hier führte die Sommertrockenheit teilweise zu Beeinträchtigungen im Knollenwachstum. Der mehrjährige Durchschnittsertrag wurde leicht unterschritten. pt

Ausgewählte Vorhaben der Wirtschaftsstatistik der Europäischen Union

Mit dem Zusammenwachsen Europas erhalten auch die bisherigen nationalen Statistiken eine neue Dimension. EUROSTAT, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, ist zuständig für den Aufbau eines gemeinschaftlichen Statistiksystems. Ein europäisches Statistikgesetz und statistische Rahmenprogramme harmonisieren die Arbeiten der nationalen statistischen Ämter und bestimmen – bei einem Anteil der bundeseinheitlichen Statistiken von rund 95 % – zunehmend das Aufgabenspektrum auch der statistischen Landesämter.

Im folgenden Beitrag werden einige ausgewählte Vorhaben aus dem Bereich der Wirtschaftsstatistiken angesprochen, die auf EG-Verordnungen basieren oder deren Rechtsgrundlagen von EUROSTAT derzeit vorbereitet werden. Für den Aufsatz wurden die folgenden Publikationen herangezogen:

Wolfgang Klitsch, Das Europäische Statistische System am Vorabend des Großen Binnenmarktes, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 6/1992, S. 343.

Hans Günther Merk, Zur Organisation des Statistischen Systems innerhalb der Europäischen Gemeinschaften, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 7/1993, S. 463.

Waltraud Moore, Das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaft für 1993 bis 1997 – Statistik für die Europäische Union, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 11/1993, S. 799.

Wegen der Bedeutung dieser Arbeit auch für das Programm der Bundesstatistik und der Arbeiten der statistischen Landesämter befaßte sich der Statistische Beirat im Oktober 1994 in einer Sondersitzung im Statistischen Bundesamt mit dieser Thematik.

Aufbau von Unternehmensregistern

Rechtsgrundlage. Am 22. Juli 1993 ist die Verordnung (EWG) Nr. 2186 / 93 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaues von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke (Registerverordnung) gegen die Stimme Deutschlands vom Rat der EU verabschiedet worden.

Die Bundesregierung hat am 21. Oktober 1993 beim Europäischen Gerichtshof gegen diese Verordnung Klage erhoben, weil nach ihrer Auffassung Artikel 213 des EWG-Vertrages keine ausreichende Ermächtigungsgrundlage bietet und weil die Verordnung darüber hinaus gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstößt. Eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes ist für Ende 1995 zu erwarten; da die Klage aber keinerlei aufschiebende Wirkung hat, muß bereits jetzt mit den Arbeiten zum Aufbau des umfassenden Unternehmensregisters begonnen werden.

Inhalt. Nach der Registerverordnung sind in den Wirtschaftsbereichen der Abschnitte C bis K (Bergbau, verarbeitendes Gewerbe, Energie und Wasser, Bau, Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Kredit- und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen für Unternehmen) und M bis O (öffentliche Dienstleistungen) der NACE Rev. 1 in allen EU-Mitgliedstaaten Register einzurichten. Sie sollen die Durchführung der laufenden Statistiken organisatorisch erleichtern (Stichprobenziehung, Bereichszuordnung) und in gewissem Umfang Totalzählungen (Arbeitsstättenzählungen) ersetzen. Neben Ordnungsmerkmalen (Kenn-Nummer, Name, Anschrift, Telefon) sind folgende Merkmale vorgesehen: Beschäftigte, Rechtsform, Wirtschaftszweig, Umsatz, Vermögen.

Aufbau der Bereichsregister. Mit der Kartei im produzierenden Gewerbe besteht bereits ein funktionierendes Register, das in weiten Teilen die EU-Anforderung abdeckt. Es wird derzeit auf die europäische Wirtschaftssystematik NACE Rev. 1 umgestellt. Dieses Register kann nach Vorliegen der Angaben aus der Handwerkszählung 1995 vervollständigt werden; ein weiterer Abgleich mit den Angaben aus der Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe (Anfang 1996) ist vorgesehen. Der Anschriftenbestand der Handels- und Gaststättenzählung 1993 wird für den Aufbau des Bereichsregisters Handel und Gastgewerbe genutzt. Hier besteht bereits für den Haushalt 1995 ein dringender Mehrbedarf, der vor allem darin begründet ist, daß der Anschriftenbestand vom Stichtag 30. April 1993 an mit Hilfe der zwischenzeitlich angefallenen Gewerbeanzeigen zu aktualisieren ist. Einem Anschriftenbestand von 50 000 im April 1993 steht derzeit ein Paket von 25 000 Änderungsanzeigen (mit wachsender Tendenz) gegenüber. Probleme wird auch der Aufbau eines Registers in den übrigen Dienstleistungsbereichen bereiten. Hier hängt

Hauptgruppen und ihre Zusammensetzung

Grundstoffe

- 10-14 Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- ex 15 Ernährungsgewerbe
 - 15.41 H. v. rohen Ölen und Fetten
 - 15.61 Mahl- und Schälmlühlen
 - 2 H. v. Stärke und Stärkeerzeugnissen
 - 15.71 H. v. Futtermitteln für Nutztiere
 - 15.92 Alkoholbrennerei
 - 15.97 H. v. Malz
- ex 17 Textilgewerbe
 - 17.1 Spinnstoffaufbereitung und Spinnerei
 - 17.2 Weberei
 - 17.3 Textilveredelung
 - 17.5 Sonst. Textilgewerbe (ohne H. v. Maschen-ware und Teppiche)
 - 17.6 H. v. gewirktem und gestricktem Stoff
- ex 19 Ledergewerbe
 - 19.1 Ledererzeugung
- ex 20 Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)
 - 20 Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln u. H. v. (oh. 20.5) Holzwaren a.n.g. sowie von Kork-, Flecht- und Korbwaren)
- ex 21 Papiergewerbe
 - 21 Papiergewerbe (ohne H. v. Haushalts-, (oh. 21.22) Hygiene- und Toilettenartikeln aus Zellstoff und Papier)
- ex 22 Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigungen von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern
 - 22 Druckgewerbe, Vervielfältigung von (oh. 22.1) bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern
- 23 Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. u. Verarb. von Spalt- und Brutstoffen
- ex 24 Chemische Industrie
 - 24.1 H. v. chem. Grundstoffen
 - 24.2 H. v. Schädlingsbekämpfungs- und Pflanzenschutzmitteln
 - 24.3 H. v. Anstrichmitteln, Druckfarben und Kitten
 - 24.41 H. v. pharmazeut. Grundstoffen
 - 24.6 H. v. sonst. chem. Erzeugnissen (oh. 24.65) (ohne H. v. unbespielten Ton-, Bild- und Datenträgern)
- 25 H. v. Gummi- und Kunststoffwaren
- ex 26 Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen und Erden (ohne H. v. keram. Haushaltswaren und Ziergegenständen)
- 27 Metallerzeugung und -bearbeitung
- ex 28 H. v. Metallerzeugnissen
 - 28.4 H. v. Schmiede-, Preß-, Zieh- und Stanzteilen, gewalzten Ringen und pulvermetallurgischen Erzeugnissen
 - 28.5 Oberflächenveredelung, Wärmebehandlung u. Mechanik a.n.g.
 - 28.63 H. v. Schlössern und Beschlägen
 - 28.7 H. v. sonst. EBM-Waren (ohne H. v. Be- (oh. 28.71) hälttern aus Eisen und Stahl)
- ex 29 Maschinenbau
 - 29.6 H. v. Waffen und Munition
- ex 31 H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.

- 31 H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, (oh. 31.1) -verteilung u. ä. (ohne H. v. Elektromotoren, Generatoren u. Transformatoren)
- ex 32 Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtenübermittlung
 - 32.1 H. v. elektronischen Bauelementen
- ex 34 H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen
 - 34.3 H. v. Teilen u. Zubehör für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren
- 37 Recycling
- 40/41 Energie- und Wasserversorgung
- 45 Baugewerbe

Investitionsgüter

- ex 28 H. v. Metallerzeugnissen
 - 28.1 Stahl- und Leichtmetallbau
 - 28.2 Kessel- u. Behälterbau (ohne H. v. Dampfkesseln)
 - 28.3 H. v. Dampfkesseln (ohne Zentralheizungskesseln)
 - 28.62 H. v. Werkzeugen
 - 28.71 H. v. Behältern aus Eisen und Stahl
- ex 29 Maschinenbau (ohne H. v. Waffen, Munition (oh. 29.6 und Haushaltsgeräten a.n.g.) u. 29.7)
 - 30 H. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen
- ex 31 H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.
 - 31.1 H. v. Elektromotoren, Generatoren und Transformatoren
- ex 32 Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik
 - 32.2 H. v. nachrichtentechn. Geräten und Einrichtungen
- ex 33 Medizin-, Meß-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik
 - 33 Optik, Medizin-, Meß-, Steuer- und (oh. 33.4) Regelungstechnik, Optik
 - oh. 33.5) (ohne H. v. optischen und photographischen Geräten sowie Uhren)
- ex 34 H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen
 - 34 H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen (oh. 34.3) (ohne H. v. Teilen und Zubehör für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren)
- ex 35 Sonstiger Fahrzeugbau
 - 35.11 Schiffbau (ohne Boots- und Yachtbau)
 - 35.2 Schienenfahrzeugbau
 - 35.3 Luft- und Raumfahrzeugbau
 - 35.5 Fahrzeugbau a.n.g.
- ex 36 H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren u. sonstigen Erzeugnissen
 - 36.12 H. v. Büro- und Ladenmöbeln

Langlebige Konsumgüter

- ex 32 Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik
 - 32.3 H. v. Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie phono- und videotecn. Geräten
- ex 33 Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik
 - 33.4 H. v. optischen u. photographischen Geräten
 - 33.5 H. v. Uhren

Hauptgruppen und ihre Zusammensetzung

<p>ex 35 Sonstiger Fahrzeugbau 35.12 Boots- und Yachtbau 35.4 H. v. Krafträdern, Fahrrädern und Behindertenfahrzeugen</p> <p>ex 36 H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonst. Erzeugnissen 36.1 H. v. Möbeln (ohne H. v. Büro- und (oh. 36.12) Ladenmöbeln) 36.2 H. v. Schmuck u. ä. Erzeugnissen 36.3 H. v. Musikinstrumenten</p> <p>Kurzlebige Konsumgüter</p> <p>ex 15 Ernährungsgewerbe 15.1 Schlachten und Fleischverarbeitung 15.2 Fischverarbeitung 15.3 Obst- und Gemüseverarbeitung 15.4 H. v. pflanzlichen u. tierischen Ölen (oh. 15.41) und Fetten (ohne H. v. rohen Ölen und Fetten) 15.5 Milchverarbeitung 15.72 H. v. Futtermitteln für sonst. Tiere 15.8 Sonst. Ernährungsgewerbe (ohne Getränkeherstellung) 15.9 Getränkeherstellung (ohne Alkohol- (oh. 15.92) brennerei u. H. v. Malz) u. 15.97)</p> <p>16 Tabakverarbeitung</p> <p>ex 17 Textilgewerbe 17.4 H. v. konfektionierten Textilwaren (ohne Bekleidung) 17.51 H. v. Teppichen 17.7 H. v. gewirkten u. gestrickten Fertig- erzeugnissen</p>	<p>18 Bekleidungsgewerbe</p> <p>ex 19 Ledergewerbe 19 Ledergewerbe (ohne Ledererzeugung) (oh. 19.1)</p> <p>ex 20 Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln) 20.5 H. v. Holzwaren a.n.g. sowie von Kork-, Flecht- und Korbwaren</p> <p>ex 21 Papiergewerbe 21.22 H. v. Haushalts-, Hygiene- u. Toiletten- artikeln aus Zellstoff und Papier</p> <p>ex 22 Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern 22.1 Verlagsgewerbe</p> <p>ex 24 Chemische Industrie 24.42 H. v. pharmazeut. Spezialitäten u. sonst. pharmazeut. Erzeugnissen 24.5 H. v. Seifen, Wasch-, Reinigungs- u. Körperpflegemitteln 24.65 H. v. unbespielten Ton-, Bild- und Datenträgern</p> <p>ex 26 Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen und Erden 26.21 H. v. Keramischen Haushaltswaren und Ziergegenständen</p> <p>ex 28 H. v. Metallerzeugnissen 28.61 H. v. Schneidwaren und Bestecken</p> <p>ex 36 H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren u. sonst. Erzeug- nissen 36.4 H. v. Sportgeräten 36.5 H. v. Spielwaren 36.6 H. v. sonst. Erzeugnissen</p>
---	--

das weitere Vorgehen insbesondere vom Zustandekommen eines Dienstleistungstatistikgesetzes ab. Die Führung dieses Registers wird hier wegen der Vielzahl der Einheiten und der hohen Fluktuation ebenso wie im Handel und Gastgewerbe besonders arbeitsintensiv sein. Grundlage für ein Register im Dienstleistungsbereich ist der Zugang zu gerichtlichen und administrativen Dateien, die durch ein Gesetz zur Umsetzung der Verordnung EWG vom 22. Juli 1993 (StatRegG) ermöglicht werden soll. In Frage kommen der Grundinformationsdienst der Finanzverwaltung, die Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit, die Dateien der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern.

Zur Zeit stehen zur Fortschreibung des Registers nur die Gewerbean-, -um- und -abmeldungen zur Verfügung, die jedoch nicht geeignet sind, wenn (1) eine Gewerbeanzeige nicht zur Aufnahme einer nachhaltigen Tätigkeit führt, (2) die Beendigung einer Tätigkeit nicht durch eine entsprechende Gewerbeabmeldung angezeigt wird und (3) aufgrund der angegebenen Tätigkeit keine eindeutige wirtschaftssystematische Zuordnung möglich ist. Regelmäßige Karteiumfragen in mehrjährigen Abständen bei allen Einheiten des Unternehmensregisters sind nicht beabsichtigt und aus rechtlichen und finanziellen Gründen auch nicht durchführbar.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Register in der jetzt vorgesehenen Form in Deutschland nicht verwirklicht werden kann. Man wird versuchen, zu einer stufenweisen Bearbeitung zu gelangen, und zwar sowohl in zeitlicher als auch inhaltlicher Abstufung. In Erkenntnis dieser Situation hat das Statistische Bundesamt bei EUROSTAT eine Verlängerung der Fristen für den Aufbau des Unternehmensregisters bis zum Jahresende 1999 beantragt.

Einführung der Wirtschaftszweikklassifikation NACE Rev. 1

Mit der Einführung der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 1993 (WZ 93; deutsche Fassung der NACE Rev. 1) als EU-einheitliche Erhebungssystematik zum 1. Januar 1995 ergeben sich gravierende Änderungen in der Darstellung der Ergebnisse in den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes. Bisher wurden die Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe nach den Hauptgruppen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, Investitionsgüter produzierendes Gewerbe, Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe sowie Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und innerhalb dieser Hauptgruppen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftsabteilungen (2-Steller) mit ausgewählten 3- und 4-Stellern

C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	26.6 Herstellung von Erzeugnissen aus Beton, Zement und Gips
14 Gewinnung von Steinen und Erden	26.7 Be- und Verarbeitung von Natursteinen
14.11 Gewinnung von Naturwerksteinen	27 Metallerzeugung und -bearbeitung
14.13 Gewinnung von Schiefer	27.2 Herstellung von Rohren
14.21 Gewinnung von Kies und Sand	27.3 Sonstige erste Bearbeitung von Eisen und Stahl, Herstellung von Ferrolegierungen
14.22 Gewinnung von Ton und Kaolin	27.4 Erzeugung und erste Bearbeitung von NE-Metallen
D Verarbeitendes Gewerbe	27.5 Gießereiindustrie
15 Ernährungsgewerbe	28 Herstellung von Metallerzeugnissen
15.13 Fleischverarbeitung	28.1 Stahl- und Leichtmetallbau
15.33 Verarbeitung von Obst und Gemüse	28.2 Kessel- und Behälterbau (ohne Herstellung von Dampfkesseln)
15.51 Milchverarbeitung	28.3 Herstellung von Dampfkesseln
15.81 Herstellung von Backwaren	28.4 Oberflächenveredelung, Wärmebehandlung und Mechanik a.n.g.
15.93 Herstellung von Wein aus frischen Trauben	28.6 Herstellung von Schneidwaren, Werkzeugen, Schließern und Beschlägen
15.96 Herstellung von Bier	28.7 Herstellung von sonstigen Eisen-, Blech- und Metallwaren
15.98 Mineralbrunnen, Herstellung von Erfrischungsgetränken	29 Maschinenbau
16 Tabakverarbeitung	30 Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen
17 Textilgewerbe	31 Herstellung von Geräten der Elektrizitäts-erzeugung, -verteilung u. ä.
18 Bekleidungs-gewerbe	32 Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik
19 Leder-gewerbe	33 Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs-technik, Optik
19.1 Ledererzeugung	34 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen-teilen
19.2 Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Lederbekleidung und Schuhen)	35 Schiff-, Schienen-, Luft- und Raumfahrzeug-bau, übriger Fahrzeugbau
19.3 Herstellung von Schuhen	36 Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musik-instrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen
20 Holz-gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	36.1 Herstellung von Möbeln
20.1 Säge-, Hobel- und Holzimprägnierwerke	36.2 Herstellung von Schmuck u. ä. Erzeugnissen
20.3 Herstellung von Konstruktionsteilen, Fertig-bauteilen, Ausbauelementen und Fertigteil-bauten aus Holz	37 Recycling
20.51 Herstellung von Holzwaren (ohne Kork-, Flecht- und Korbwaren)	E Energie- und Wasserversorgung
21 Papier-gewerbe	40 Energieversorgung
21.24 Herstellung von Tapeten	40.1 Elektrizitätsversorgung
22 Verlagsgewerbe, Druck-gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	40.2 Gasversorgung
23 Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	40.3 Fernwärmeversorgung
24 Chemische Industrie	41 Wasserversorgung
25 Herstellung von Gummi- und Kunststoff-waren	F Baugewerbe
25.1 Herstellung von Gummiwaren	45.1 Vorbereitende Baustellenarbeiten
25.2 Herstellung von Kunststoffwaren	45.2 Hoch- und Tiefbau
26 Glas-gewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	45.3 Bauinstallation
26.1 Herstellung und Verarbeitung von Glas	45.4 Sonstiges Baugewerbe
26.2 Keramik (ohne Ziegelei und Baukeramik)	45.5 Vermietung von Baumaschinen und -geräten
26.3 Herstellung von keramischen Wand- und Bodenfliesen	
26.4 Ziegelei, Herstellung von sonstiger Baukeramik	
26.5 Herstellung von Zement, Kalk und gebranntem Gips	

(in der Regel SYPRO-2-Steller) gegliedert. Ab 1995 ist dies nur noch bedingt möglich. Es wurden neue Hauptgruppen eingeführt, die mit den bisherigen begrifflich und inhaltlich nicht mehr vergleichbar sind, und zwar die Gruppen Grundstoffe, Investitionsgüter, langlebige Konsumgüter und kurzlebige Konsumgüter. Die neuen Hauptgruppen werden durch 3- (Wirtschaftsgruppen) bzw. 4-Steller (Wirtschaftsklassen) der WZ definiert, sie lassen sich nicht mehr hierarchisch aus 2-stellern (Wirtschaftsabteilungen) bilden.¹⁾

Vor allem im Hinblick auf die daraus resultierenden zusätzlichen Geheimhaltungsrestriktionen beabsichtigt das Statistische Landesamt, künftig auf die Publikation von Ergebnissen nach Hauptgruppen ganz zu verzichten. Die Wirtschaftszweiggliederung soll in der vollen Hierarchie der Systematik, das heißt nach 2-stellern und ausgewählten 3- bzw. 4-stellern, erfolgen.

Übergang auf das revidierte ESVG '95

Das Programm der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Mitgliedstaaten der EU wird künftig durch eine Verordnung des Rates zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG-VO) geregelt. Die Verabschiedung dieser Verordnung ist für Mitte des Jahres 1995 vorgesehen. Nach den gegenwärtigen Vorstellungen der Kommission sollen erste revidierte VGR-Ergebnisse für 1995 im Jahre 1998 bereitgestellt werden. Da die ESVG-VO sowohl inhaltlich als auch bezüglich des Lieferprogramms verbindlich sein wird, ist sie zur Vermeidung von Doppelarbeiten auch für den deutschen Nachweis revidierter VGR-Ergebnisse maßgebend.

Das revidierte ESVG schreibt eine Unterteilung der Unternehmen in Kapital- und Quasi-Kapital-Gesellschaften einerseits sowie dem Sektor der privaten Haushalte und dem Sektor Staat zuzuordnende Unternehmen andererseits vor. Eine geschlossene Darstellung des Unternehmenssektors wie bisher ist damit nicht mehr möglich. Entsprechend wird der Sektor der privaten Haushalte in den meisten nachgewiesenen Positionen Vorgänge von Unternehmen einschließen, die keine Kapital- bzw. Quasi-Kapital-Gesellschaften sind. Der Nachweis langer Reihen wird entfallen. Es werden zunächst nur revidierte Ergebnisse ab 1991 dargestellt. Ob für die Jahre vor 1991 revidierte Reihen berechnet werden, hängt von der zur Verfügung stehenden Kapazität ab. Die regionale Gliederung in früheres Bundesgebiet und neue Länder einschließlich Berlin-Ost wird mit den revidierten VGR-Daten nicht mehr vorgenommen. Der Arbeitskreis VGR der Länder wird wie bisher Ergebnisse für Rheinland-Pfalz sowie für die kreisfreien Städte und Landkreise berechnen.

Statistik über die Unternehmensstruktur

Ein Vorhaben von besonderer Tragweite ist die geplante Verordnung für eine bereichsübergreifende

Unternehmensstrukturstatistik. Dieses Vorhaben ist in engem Kontext mit dem Unternehmensregister zu sehen. Ursprünglich war vorgesehen, zur Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsstatistik bereichsspezifische Rechtsgrundlagen für das produzierende Gewerbe, den Handel und die Dienstleistungen zu schaffen. Im Frühjahr 1993 hat EUROSTAT jedoch einen neuen bereichsübergreifenden Ansatz für die Unternehmensstrukturstatistik in der EU vorgeschlagen. Danach soll jährlich ein einheitlicher Satz von Merkmalen (z.B. Umsatz, Beschäftigte, Lohn- und Gehalts-summe) für den gesamten Unternehmensbereich erhoben werden. Ergänzend zu diesem bereichsübergreifenden Grunddatenprogramm sieht der neue Ansatz sektorspezifische Statistiken für verschiedene Wirtschaftsbereiche vor.

Realisiert werden soll das Konzept mit einer „Verordnung betreffend die strukturelle Unternehmensstatistik“. Die geplante Verordnung besteht aus zwei Teilen: Einer Rahmenverordnung und den Anhängen („Modulen“).

Die Rahmenverordnung enthält allgemeine Vorschriften, insbesondere für die Erhebungsbereiche, die in den Anhängen näher spezifizierten Module, die Datengewinnung, -aufbereitung und -übermittlung, die Datenqualität sowie Übergangsregelungen und Anpassungsmodalitäten. Der Geltungsbereich der Rahmenverordnung soll sich nach der neuesten (26.) Entwurfsfassung von Ende Juni 1994 auf die Abschnitte C bis K und M bis O der NACE Rev. 1 erstrecken, ist also mit dem Bereich des Unternehmensregisters identisch.

Bislang liegen Vorschläge für drei Module vor, für die als erstes Berichtsjahr 1995 vorgesehen ist, und die gemeinsam mit der Rahmenverordnung vom Rat verabschiedet werden sollen, und zwar:

- das allgemeine Modul für die jährliche Strukturstatistik für die Abschnitte C bis K und M bis O der NACE Rev. 1, wobei für die Bereiche M bis O zunächst Pilotstudien vorgesehen sind,
- ein Einzelmodul der industriellen Strukturstatistik für das produzierende Gewerbe (Abschnitte C bis F der NACE Rev. 1),
- ein Einzelmodul für die Strukturstatistik des Handels für den Abschnitt G der NACE Rev. 1.

Die Einzelmodule für die übrigen Wirtschaftsbereiche sollen später dem Rat zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Aus deutscher Sicht ist zu diesem Vorhaben folgende Kritik bei EUROSTAT angemeldet:

- der Geltungsbereich der Verordnung ist zu umfangreich,
- die Merkmalskataloge gehen erheblich über das Erhebungsprogramm der Bundesstatistik hinaus, namentlich im Hinblick auf solche Tatbestände, die der Berichtspflichtige nicht aus seinen betrieblichen Aufzeichnungen entnehmen kann oder die aus anderen Gründen nur schwer erhebbar sind (z. B. Finanzüberschuß, Investitionen in Finanzanlagen),

1) Vgl. Gensmann, Klaus, Umstellung der Statistiken im verarbeitenden Gewerbe in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 10/1994, S. 238 ff.

- der Entwurf sieht keine Abschneidegrenzen vor, wie sie im deutschen System zur Entlastung der Kleinunternehmen angewandt werden.

Dessen ungeachtet ist damit zu rechnen, daß die Verordnung zur strukturellen Unternehmensstatistik 1995 Rechtskraft erlangt.

Konjunkturindikatoren

Eine weitere Verordnung wird derzeit von EUROSTAT vorbereitet: Die Verordnung für die Konjunkturindikatoren soll die bisher geltende Richtlinie aus dem Jahre 1972, die nur die Industrie betraf, ablösen und eine für alle Mitgliedstaaten verbindliche Datenlieferung nach einheitlicher Methodik gewährleisten. Nach der neuesten Entwurfsfassung von August 1994 erstreckt sich der Geltungsbereich der Verordnung auf die Abschnitte C bis K der NACE Rev. 1 und umfaßt damit – analog zur geplanten Verordnung über die Unternehmensstrukturstatistik – weite Bereiche der gesamten Wirtschaft. Als erstes Bezugsjahr ist 1996 vorgesehen.

Bei den Konjunkturindikatoren soll der eigentliche Rechtstext der Verordnung im wesentlichen nur die Normen der künftigen Konjunkturstatistik (formale Anordnung der Datenlieferung, Einsetzung eines Ausschusses) festlegen und die Regelungsmaterien in allgemeiner Form umschreiben. Die konkreten inhaltlichen Vorgaben (Liste der Indikatoren, Definitionen, Periodizität, Genauigkeitsanforderungen, Lieferfristen) sollen wie bei der Unternehmensstrukturverordnung für die verschiedenen Wirtschaftsbereiche in spezifischen Modulen festgelegt werden, die wie die Verordnung für die Mitgliedstaaten rechtsverbindlich sind. Ergänzend zu der Verordnung sollen Methodenhandbücher für die einzelnen Module ausgearbeitet werden, in denen die methodischen Grundlagen der geforderten Statistiken beschrieben sind. Bisher liegen Entwürfe zu vier Modulen (A bis D) vor.

Modul A regelt das Minimalprogramm, das für alle Bereiche gelten soll. Danach sind folgende Indikatoren vierteljährlich zu liefern:

- Umsatzindex
- Zahl der Beschäftigten
- Investitionsindex
- Verkaufspreisindex
- Unternehmensgründungen
- Unternehmensschließungen

Außerdem wird in Modul A die Entwicklung statistischer Methoden zur Gewinnung von Preisindizes in den Dienstleistungsbereichen gefordert.

Modul B regelt die Statistiken für den Bereich der Industrie (Abschnitte C bis E der NACE Rev. 1). Für diesen Bereich sollen folgende zehn Indikatoren monatlich ermittelt werden:

- Produktionsindex
- Umsatzindex
- Auftragsbestandsindex
- Auftragseingangindex

- Zahl der Beschäftigten
- Arbeitsvolumenindex, geleistete Stunden (mindestens vierteljährlich)
- Bruttolohn- und -gehaltsumme (mindestens vierteljährlich)
- Erzeugerpreisindex für den inländischen Markt
- Erzeugerpreisindex für den Exportmarkt
- Investitionsindex (mindestens vierteljährlich)

Auftragsbestand und Arbeitsvolumen könnten in Deutschland durch Schätzungen ermittelt werden, so daß keine zusätzliche Belastung der Unternehmen entsteht. Ein vierteljährlicher oder gar monatlicher Investitionsindex wird für nicht realisierbar und nicht sinnvoll gehalten.

Modul C sieht für das Baugewerbe folgende neun vierteljährlich zu berechnende Indikatoren vor:

- Produktionsindex
- Umsatzindex
- Zahl der Beschäftigten
- Arbeitsvolumenindex (geleistete Stunden)
- Bruttolohn- und -gehaltsumme
- Baugenehmigungen
- Baubeginne
- Index der Auftragseingänge
- Baupreisindex

Im Modul D ist vorgesehen, für den Einzelhandel die beiden Indikatoren Umsatzindex und Deflator der Verkäufe zusätzlich monatlich zu liefern.

Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes

Der Maastrichter Vertrag verlangt, daß die Inflation anhand des Verbraucherpreisindex auf vergleichbarer Grundlage gemessen werden muß. Ein solcher Index existiert zur Zeit nicht. Zu diesem Zweck sollen harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI) errechnet werden, die primär der Durchführung internationaler Inflationsvergleiche dienen; nationale Zielsetzungen stehen dahinter zurück. Es muß daher davon ausgegangen werden, daß der HVPI methodisch und auch im Ergebnis deutlich von den zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland berechneten Preisindizes der Lebenshaltung abweichen wird und zumindest kurz- und mittelfristig parallel berechnet werden muß.

Von deutscher Seite wurde ein alternatives Konzept zur Harmonisierung der Verbraucherpreisindizes vorgeschlagen, das eine mehrstufige Vorgehensweise vorsieht und sowohl dem Wunsch nach schneller Bereitstellung vergleichbarer Ergebnisse als auch den praktischen Harmonisierungsmöglichkeiten entspricht. Die erste Stufe soll dabei auf eine Ex-post-Harmonisierung der nationalen Verbraucherpreisindizes ausgerichtet sein, wobei nur die tatsächlichen Käufe privater Haushalte zu berücksichtigen sind. In der zweiten Harmonisierungsstufe ist auf der Grundlage zwischenzeitlich entwickelter abgestimmter Methoden und Verfahren ein einheitlich ermittelter europäischer Verbraucherpreisindex vorgesehen. Die zweite Stufe soll bereits in der Verordnung des Rates zur Harmonisierung festgeschrieben werden.

Lohnstatistik

Für die zweite Hälfte der 90er Jahre plant EUROSTAT die Einrichtung eines integrierten statistischen Systems zur Beobachtung des Arbeitsmarktes. Im Rahmen dieses Projektes soll auch die Lohnstatistik neu geordnet werden. Soweit derzeit erkennbar, soll die künftige Lohnstatistik aus einer laufenden Verdiensterhebung, einem vierteljährlich berechneten Arbeitskostenindex sowie Verdienststrukturserhebungen mit relativ kurzer, etwa vierjährlicher Periodizität bestehen. Unklar ist noch, ob der vierteljährliche Arbeitskostenindex künftig die vierjährlichen Arbeitskostenerhebungen ergänzen oder ersetzen soll. Während das deutsche Gesetz über die Lohnstatistik den Erhebungsbereich auf das produzierende Gewerbe, den Handel, das Bank- und Versicherungsgewerbe sowie die Landwirtschaft begrenzt, soll in die europäischen Erhebungen grundsätzlich die gesamte Wirtschaft einbezogen werden.

In den nächsten beiden Jahren sind im Rahmen der EU drei Projekte durchzuführen. Zwei dieser Vorhaben, die Gehalts- und Lohnstrukturhebung 1995 und die für 1996 geplante Einführung des europäischen Arbeitskostenindex, sollen auch Elemente des neuen lohnstatistischen Systems sein. Das dritte Projekt, die Arbeitskostenerhebung 1996, ist als Bestandteil der künftigen Lohnstatistik noch offen.

Im Jahre 1996 soll nach den Planungen von EUROSTAT eine vierteljährliche Erhebung zur Berechnung eines Arbeitskostenindex (Preisindex für Arbeit) eingeführt werden. Bisher liegt zwar noch kein Entwurf einer Rechtsgrundlage für diese Erhebung vor. Nach dem derzeitigen Stand der Vorbereitungen soll der Berichtskreis in Deutschland 4 000 Betriebe umfassen. Um die einzelnen Betriebe nicht allzu stark zu beanspruchen, sollen sie nach vier Berichtsjahren ausgetauscht werden. Nach den Erfahrungen einer für Oktober 1993 durchgeführten Piloterhebung sind die von Interviewern vorzunehmenden Erstbefragungen der zu erfassenden Betriebe recht aufwendig. Für die Vorbereitung und Abwicklung eines Interviews sind zwei bis drei Arbeitstage einer qualifizierten Kraft zu veranschlagen. Für die Folgebefragungen genügt in vielen Fällen eine kürzere Anfrage. Kritisch ist anzumerken, daß neben sich abzeichnenden technischen Erhebungsproblemen in der Piloterhebung der erwartete Stichprobenumfang nur die Darstellung relativ grob gegliederter wirtschaftssystematischer Angaben ermöglichen wird und weitergehende Nutzerwünsche beispielsweise der Wirtschaftsverbände und der Unternehmen nicht zufriedenstellen kann.

Verkehrsstatistik

Im Bereich der Verkehrsstatistiken gibt es zahlreiche Projekte, für die EG-Rechtsakte bereits erlassen und geplant sind.

In der Straßenverkehrsunfallstatistik sind gemäß einer Ratsentscheidung vom 30. November 1993 rückwirkend ab 1991 Einzelangaben zu Unfällen mit Perso-

nenschaden aus bestehenden Statistiken an EUROSTAT zu liefern. Die Unfalldaten sollen in einer Datenbank gespeichert und im Rahmen der jeweils in den Mitgliedstaaten gültigen Geheimhaltungsbestimmungen der Europäischen Kommission Forschungseinrichtungen und sonstigen interessierten Stellen zugänglich gemacht werden. Für die von Deutschland zu liefernden Unfalldaten ist noch ungeklärt, wie die Wahrung der Geheimhaltung bei Datenbankzugriffen durch Dritte in die Praxis umgesetzt werden kann. Nach Ablauf einer dreijährigen Erprobungsphase soll über die Weiterführung der Datenbank und über eine Harmonisierung von Methoden und Merkmalen der nationalen Straßenverkehrsunfallstatistiken entschieden werden. Derzeit werden die Datenlieferungen für die Berichtsjahre 1991 und 1992 vorbereitet.

Mit der vorgesehenen Verordnung zur Luftverkehrsstatistik – letzter Entwurf Stand Mai 1994 – sollen die durch internationale Organisationen und Verbände bereits weitgehend in Methode und Frageprogramm einheitlichen Luftverkehrsstatistiken auf eine gemeinschaftliche Rechtsgrundlage gestellt werden. Wesentliche konzeptionelle Änderungen sind daher nicht zu erwarten. Allerdings wird die Verordnung für die deutsche Statistik mit einer erheblichen Ausweitung des Berichtsumfangs verbunden sein, da infolge der niedriger angesetzten Schwellenwerte künftig mehr Flughäfen in die umfassende Berichtspflicht einbezogen werden als bisher.

Weitere EG-Vorhaben betreffen die Straßengüterverkehrsstatistik, die in Deutschland nach der Neukonzeption der nationalen Statistik dem Kraftfahrtbundesamt und dem Bundesamt für Güterverkehr übertragen wurde, eine Erweiterung der bestehenden Richtlinien zur Eisenbahnstatistik, zur Binnenschiffahrtsstatistik, eine Rechtsgrundlage zur Statistik des kombinierten Verkehrs und zur Mobilitätsstatistik. Für diese Vorhaben liegen noch keine Entwürfe vor.

Tourismusstatistik

Von EUROSTAT liegt ein Richtlinien-Entwurf (Stand Januar 1994) vor, der statistische Erhebungen zur Nachfrage- und zur Angebotsseite des Tourismus vorsieht. Die angebotsseitigen Merkmale werden durch die bestehende deutsche Beherbergungsstatistik weitgehend abgedeckt, dagegen besteht bei den nachfrageseitigen Merkmalen, die sich auf das Reiseverhalten der inländischen Bevölkerung beziehen, seit der Streichung der Zusatzerhebung über Urlaubs- und Erholungsreisen im Mikrozensus eine statistische Lücke. Diese Lücke wird durch eine Wiederaufnahme touristischer Merkmale in den Mikrozensus oder durch eine eigenständige Haushaltsbefragung geschlossen werden müssen. Bestandteil des Erhebungsprogramms zur touristischen Nachfrage sind insbesondere auch Fragen zu Kurz- und Geschäftsreisen. Es ist damit zu rechnen, daß der Richtlinienentwurf noch in diesem Jahr dem Rat der EU zugeleitet wird.

Diplom-Volkswirt Jochen Gebauer

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung 1970 bis 1993

Revision 1991

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) sind ein Rechenwerk, in das nahezu alle amtlichen Statistiken und darüber hinaus viele nichtamtliche statistische Datenquellen einfließen, um für eine abgelaufene Periode das Wirtschaftsgeschehen eines abgegrenzten Raumes quantitativ darzustellen. Da die Ergebnisse für einen bestimmten Berichtszeitraum aus der Vielzahl von Statistiken nicht alle gleichzeitig verfügbar sind, werden die gesamtwirtschaftlichen Daten mehrfach und regelmäßig überarbeitet und gegebenenfalls korrigiert. Die verschiedenen Berechnungsstufen dieser laufenden routinemäßigen Überarbeitungen, die eine sukzessive Verbesserung der statistischen Fundierung bedeuten, erstrecken sich über zwei bis drei Jahre. Außerdem werden die zurückliegenden Daten in sogenannten Revisionen in mehrjährigen Abständen grundlegend überarbeitet, um neue Basisstatistiken, die nur in größeren, meist unregelmäßigen Abständen durchgeführt werden, einzubauen und die Preisbasis für die Berechnung deflationierter Werte zu aktualisieren. Zudem werden methodische und definitorische Änderungen an den Konzepten der VGR nur in Revisionen vorgenommen. Um methodisch bedingte Brüche in den Zeitreihen zu vermeiden, werden bei diesen umfassenden Überarbeitungen auch die Ergebnisse für weiter zurückliegende Jahre revidiert.

Eine derartige Revision erfolgte in den deutschen VGR zuletzt 1991¹⁾. Anlaß dafür war insbesondere die Einarbeitung von neuen Erkenntnissen aus Großzählungen in den achtziger Jahren (Volks- und Berufszählung 1987, Arbeitsstättenzählung 1987, Gebäude- und Wohnungszählung 1987, Handels- und Gaststättenzählung 1985). Ein weiteres wichtiges Ziel der Revision war es, die Berechnungen in konstanten Preisen auf das Preisbasisjahr 1985 umzustellen. Infolge der deutschen Wiedervereinigung wurde zwischenzeitlich eine erneute Umbasierung auf das Jahr 1991 vorgenommen, um reale Werte für West- und Ostdeutschland vergleichen zu können bzw. für Gesamtdeutschland zu ermitteln.

Neben diesen Änderungen in der Bundesrechnung, die zwangsläufig in der Länderrechnung vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ nachvollzogen werden mußten, wurde mit der Revision 1991 in den regionalen VGR eine Vielzahl neuer verbesserter Berechnungsmethoden, insbesondere in der Entstehungsrechnung, eingeführt.

So werden im Wirtschaftsbereich Landwirtschaft regionalisierte Angaben der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LAWIG) herangezogen. Um den Anforderungen der europäischen Agrarpolitik gerecht zu werden, waren die bereits seit Jahren auf nationaler Ebene vorliegenden Ergebnisse der LAWIG, die auch in die Bundes-VGR eingingen, auf Regierungsbezirksebene zu erstellen und somit als Datengrundlage für die Länder-VGR verwendbar.

In Teilbereichen des produzierenden Gewerbes wurden die Berechnungsmethoden grundlegend verändert, so daß eine genauere Regionalisierung der Wertschöpfung von multiregionalen Unternehmen – ein zentrales Problem der Länderrechnung – möglich wurde. Wie bereits seit längerem in der Energie- und Wasserversorgung praktiziert, wird nun auch im Bereich Bergbau und verarbeitendes Gewerbe die Wertschöpfung weitgehend unternehmensindividuell ermittelt. Bei überregional tätigen Mehrbetriebs- bzw. Mehrländerunternehmen ermöglicht das Rechenverfahren die Aufteilung der Unternehmenswertschöpfung auf die einzelnen Betriebe, wobei die betriebsindividuelle Verteilung anhand arbeits- und kapitalbezogener Merkmale erfolgt. Ein ähnliches Verfahren wird im Bauhauptgewerbe angewendet, allerdings ist die Aufgliederung in eine arbeits- und eine kapitalbezogene Komponente hier nicht möglich, so daß die Wirtschaftsleistung von Mehrbetriebsunternehmen nur anhand von arbeitsbezogenen Merkmalen auf die örtlichen Einheiten verteilt wird²⁾.

Im Bereich Wohnungsvermietung wurden die aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 gewonnenen Erkenntnisse eingearbeitet. Außerdem entwickelte das Statistische Bundesamt auf der Grundlage dieser Totalerhebung ein differenziertes Berechnungskonzept, bei dem auch Länderwerte anfallen, die vom Arbeitskreis VGR der Länder übernommen werden.

Auch in der Entstehungsrechnung weiterer Wirtschaftsbereiche sowie bei der Berechnung der Zwischenposten, die die Differenz zwischen Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt ausmachen, wurden methodische Neuerungen eingeführt. Außerdem konnte, aufbauend auf den Ergebnissen der Volkszählung und der Arbeitsstättenzählung 1987, ein integriertes Konzept zur Berechnung von Erwerbstätigenzahlen, die als Bezugswerte für die VGR-Aggregate dienen, entwickelt werden. Die vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ zur Verfügung gestellten Grunddaten sind auf das Konzept der VGR überzuleiten³⁾.

Im folgenden werden Ergebnisse der Entstehungsrechnung dargestellt. Erläuterungen zur Verteilungs- und Verwendungsseite der Sozialproduktsberechnungen der Länder sollen in einem späteren Beitrag erscheinen. Da insbesondere auf die Entwicklung seit 1970 eingegangen wird – bis dahin liegen revidierte Werte in der Länderrechnung vor –, beschränken sich die Darlegungen auf das frühere Bundesgebiet.

1) Zur Revision auf Bundesebene vgl. Lützel, Heinrich und Mitarbeiter: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1970 bis 1990, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1991, S. 227 ff.

2) Vgl. Libowitzky, Hans: Bruttowertschöpfung im Bauhauptgewerbe, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 8/1992, S. 181 ff.

3) Vgl. Libowitzky, Hans: Erwerbstätigenzahlen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 8/1994, S. 188 ff.

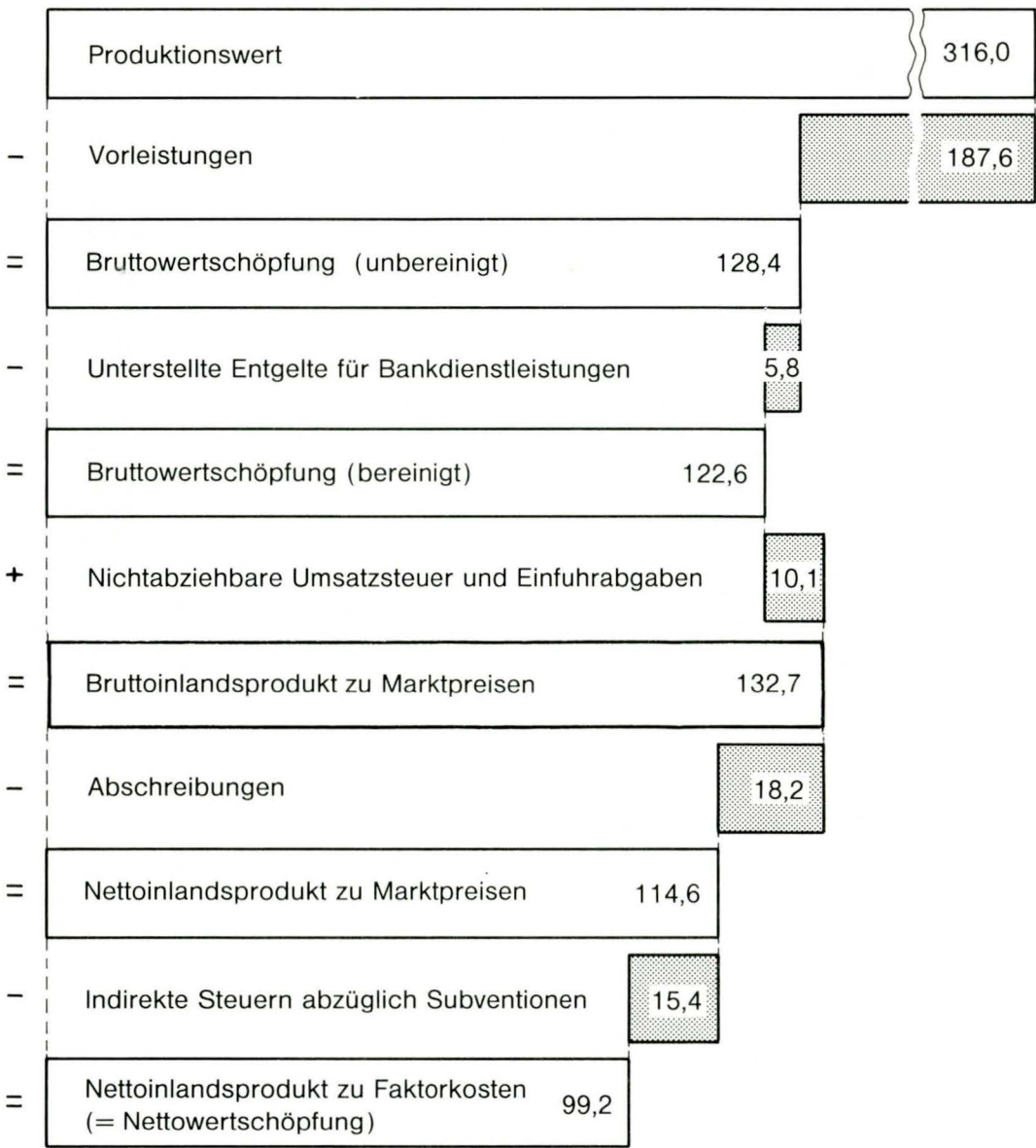
Begriffe der Entstehungsrechnung

Die Entstehungsrechnung umfaßt alle Transaktionen im Zusammenhang mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen und der damit verbundenen Entstehung von Einkommen. Die zentrale Größe dieser Berechnungsseite ist das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen als Ausdruck der gesamten in einer

Berichtsperiode innerhalb eines abgegrenzten Gebiets („Inland“) entstandenen wirtschaftlichen Leistung. Im Rahmen von Originärberechnungen wird zunächst in tiefer wirtschaftssystematischer Gliederung die unbeeinigte Bruttowertschöpfung als Differenz zwischen dem Wert aller im Berichtszeitraum produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) und dem Wert der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistun-

**Schematische Darstellung
der wichtigsten Begriffe der Entstehungsrechnung**

dargestellt an Ergebnissen für Rheinland-Pfalz 1991 in Mrd. DM



Das Bruttoinlandsprodukt in den Ländern des früheren Bundesgebiets 1993^p

Land	Bruttoinlandsprodukt							
	in jeweiligen Preisen				in Preisen von 1991			
	Mill. DM	Ver- änderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahl: 1970 = 100	Anteil am Bundes- gebiet ¹⁾ in %	Mill. DM	Ver- änderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahl: 1970 = 100	Anteil am Bundes- gebiet ¹⁾ in %
Schleswig-Holstein	98 654	2,5	427	3,5	91 787	- 0,8	172	3,5
Hamburg	123 900	3,3	388	4,4	114 176	- 0,3	147	4,3
Niedersachsen	277 620	0,9	415	9,8	258 275	- 2,1	171	9,8
Bremen	36 755	0,9	344	1,3	34 229	- 2,1	142	1,3
Nordrhein-Westfalen	709 178	0,8	364	25,0	659 959	- 2,2	148	25,1
Hessen	307 039	2,3	493	10,8	282 317	- 1,3	199	10,8
Rheinland-Pfalz	140 452	0,9	391	5,0	131 367	- 1,9	166	5,0
Baden-Württemberg	466 095	0,5	441	16,5	432 094	- 2,7	181	16,5
Bayern	526 618	2,1	487	18,6	486 936	- 1,3	199	18,5
Saarland	40 085	0,2	402	1,4	37 193	- 2,8	159	1,4
Berlin-West	105 603	1,4	408	3,7	97 665	- 1,9	158	3,7
Bundesgebiet ¹⁾	2 832 000	1,4	419	100	2 626 000	- 1,9	170	100

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990.

gen) ermittelt. Dieses Aggregat dient der Beschreibung der sektoralen Wirtschaftsstruktur. Vom unbereinigten Ergebnis für die Gesamtwirtschaft wird durch Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen und Hinzufügung der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben das Bruttoinlandsprodukt gebildet. Diese Zwischenpositionen und somit das Bruttoinlandsprodukt liegen jedoch nicht in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen vor. Nach Abzug der Abschreibungen sowie des Saldos aus indirekten Steuern und Subventionen ergibt sich das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Nettowertschöpfung) als Endergebnis der Entstehungsrechnung. Es entspricht der Summe sämtlicher im Inland entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen aller an der Produktion beteiligten Faktoren (Arbeit und Kapital) und setzt sich zusammen aus dem Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und dem Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Den definitorischen Zusammenhang zwischen diesen Größen der Entstehungsrechnung verdeutlicht das Schaubild.

Neben originär berechneten Daten, die aus Gründen der Datenverfügbarkeit mit einer zeitlichen Verzögerung

Erwerbstätige und Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz 1970 bis 1993

Jahr	Erwerbstätige im Inland			Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen		
	1 000	Meßzahl: 1970 = 100	Anteil am Bundes- gebiet ¹⁾ in %	DM	Meßzahl: 1970 = 100	Bundes- durch- schnitt ¹⁾ = 100
1970	1 477	100	5,6	53 580	100	92
1975	1 423	96	5,5	61 970	116	94
1980	1 469	99	5,4	71 560	134	96
1985	1 440	97	5,4	76 660	143	95
1990	1 510	102	5,3	84 630	158	96
1993 ^p	1 518	103	5,2	86 550	162	96

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990.

von etwa zwei Jahren vorliegen, werden die Ergebnisse der Vorperioden außerdem am aktuellen Rand mit den Veränderungsraten kurzfristig zur Verfügung stehender Indikatoren fortgeschrieben. Die in diesem Beitrag veröffentlichten Zahlen beruhen bis 1991 auf Originärberechnungen und für 1992 und 1993 auf Fortschreibungen.

Reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 66 % seit 1970

Das nominale Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen erreichte im Jahre 1993 in Rheinland-Pfalz den Betrag von 140,5 Mrd. DM und war damit knapp viermal so hoch wie 1970. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 6,1 %. Die Entwicklung in Rheinland-Pfalz verlief in diesem Zeitraum etwas ungünstiger als im Bundesdurchschnitt, wo eine Zuwachsrate von nominal 6,4 % im Durchschnitt pro Jahr zu verzeichnen war. Ein Großteil dieses Wachstums ist auf Preissteigerungen zurückzuführen, wie der Nachweis in konstanten Preisen belegt. Das reale Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz lag 1993 um 66 % über dem des Jahres 1970, was einem jahresdurchschnittlichen Anstieg um 2,2 % entspricht. Für die alten Bundesländer insgesamt ergibt sich ein reales Wachstum um 70 % bzw. durchschnittlich 2,3 %. Deutlich über den Bundeswerten lagen die Länder Hessen, Bayern und Baden-Württemberg, während insbesondere in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen und in Nordrhein-Westfalen die Entwicklung ungünstiger verlief.

Die Zeitreihe mit den realen Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts zeigt deutlich die drei Rezessionsphasen seit 1970, in denen die Wirtschaft entweder schrumpfte oder nur marginal wuchs. Nach kräftigen Zuwächsen Anfang der siebziger Jahre kam es 1974/75 zu einem Einbruch, ausgelöst durch die sogenannte Ölkrise. Es folgte eine Wachstumsphase, die von einer Stagnation der Wirtschaft in den Jahren 1981/82 abgelöst wurde. Danach setzte ein im Vergleich zu den frühe-

ren Konjunkturaufschwüngen moderates Wachstum ein, das sich, ausgelöst durch die deutsche Wiedervereinigung, Anfang der neunziger Jahre noch verstärkte, als sich die Weltwirtschaft bereits im Abschwung befand. Mit Verzögerung traf dieser die deutsche Wirtschaft in den Jahren 1992/93. Im vergangenen Jahr war mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr in Rheinland-Pfalz der stärkste Einbruch der Nachkriegszeit hinzunehmen.

Jeder Erwerbstätige erwirtschaftete durchschnittlich 86 550 DM

Eine reale Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Leistung beruht auf vermehrtem Einsatz der Produktionsfaktoren (Arbeit, Kapital) und/oder gestiegener Produktivität. Als Maß für die gesamtwirtschaftlich durchschnittliche Arbeitsproduktivität wird der Quotient aus dem realen Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen und der Anzahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt verwendet. In der nach dem Inlandskonzept berechneten Erwerbstätigenzahl sind die Einpendler in das beobachtete Wirtschaftsgebiet enthalten, die Auspendler über die Gebietsgrenzen jedoch nicht, da sie an der Erstellung des Inlandsprodukts nicht beteiligt sind. Bei diesem Indikator wird das Ergebnis des Produktionsprozesses ausschließlich auf einen Produktionsfaktor,

nämlich Arbeitskräfte, bezogen, obwohl es aus dem Zusammenwirken beider Produktionsfaktoren entstanden ist. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß die Zahl der Erwerbstätigen nur begrenzt über den tatsächlichen Einsatz der Arbeitskräfte informiert.

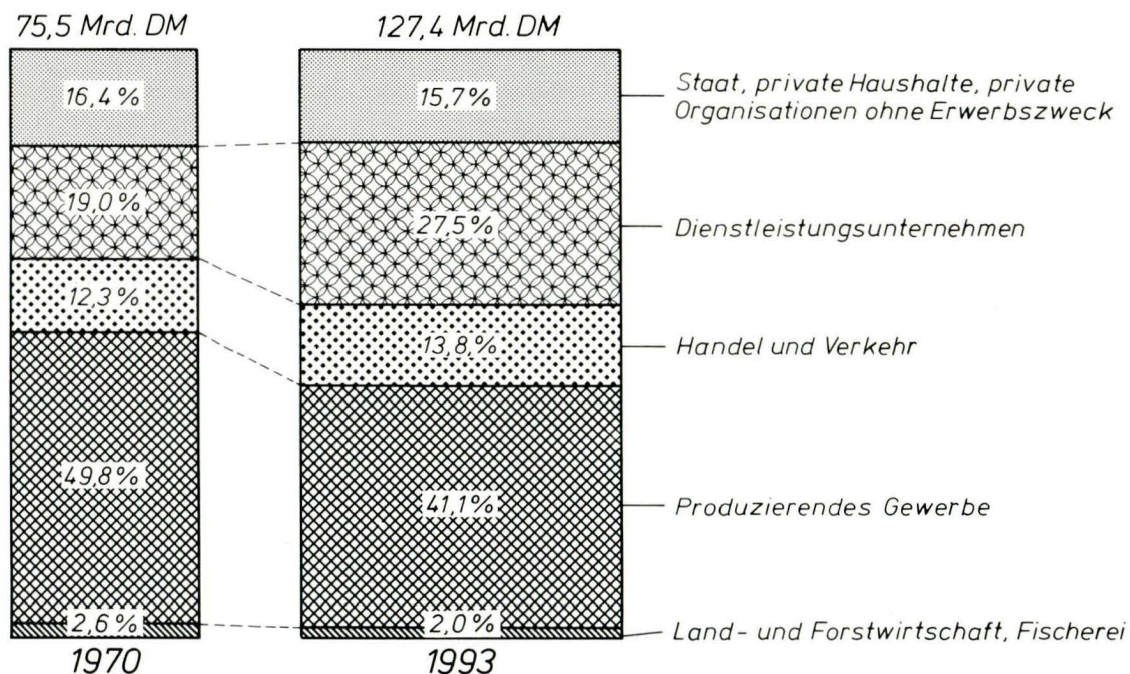
Die Zahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz lag 1993 mit 1,518 Mill. um 41 000 oder knapp 3 % höher als 1970. Zwischenzeitlich hat jedoch keine kontinuierliche Entwicklung stattgefunden. Zeitlich leicht versetzt zu den konjunkturellen Auf- und Abschwüngen ist auch die Erwerbstätigenzahl gestiegen oder gesunken, wobei die niedrigsten Stände 1976 (1,408 Mill.) und 1983 (1,438 Mill.) erreicht wurden und auch 1993 gegenüber 1992 ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war (- 20 000). Das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist in dem Zeitraum seit 1970 um 62 % gestiegen, und zwar von durchschnittlich 53 580 DM auf 86 550 DM. Stärker zugenommen hat die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität nur in Hessen (80 %) und Bayern (72 %). Im vergangenen Jahr machte das im Durchschnitt von jedem Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt 96 % des Bundesdurchschnitts aus, das waren vier Prozentpunkte mehr als 1970. Über dem Durchschnitt der alten Bundesländer, der 1993 rund 90 500 DM betrug, lagen lediglich die Stadtstaaten Hamburg (121 400 DM), Bremen (93 800 DM) und Berlin-West (93 100 DM) sowie Hessen (104 900 DM).

Das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz 1970 bis 1993

Jahr	Bruttoinlandsprodukt							
	in jeweiligen Preisen				in Preisen von 1991			
	Mill. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahl: 1970 = 100	Anteil am Bundesgebiet ¹⁾ in %	Mill. DM	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Meßzahl: 1970 = 100	Anteil am Bundesgebiet ¹⁾ in %
1970	35 906	-	100	5,3	79 158	-	100	5,1
1971	40 067	11,6	112	5,3	81 711	3,2	103	5,1
1972	44 197	10,3	123	5,4	85 914	5,1	109	5,2
1973	46 505	9,7	135	5,3	88 979	3,6	112	5,1
1974	52 336	7,9	146	5,3	89 570	0,7	113	5,1
1975	53 760	2,7	150	5,2	88 189	- 1,5	111	5,1
1976	58 734	9,3	164	5,2	92 956	5,4	117	5,1
1977	62 875	7,1	175	5,3	96 288	3,6	122	5,2
1978	67 077	6,7	187	5,2	98 992	2,8	125	5,2
1979	72 825	8,6	203	5,2	103 732	4,8	131	5,2
1980	77 325	6,2	215	5,3	105 135	1,4	133	5,2
1981	80 770	4,5	225	5,3	104 994	- 0,1	133	5,2
1982	84 146	4,2	234	5,3	105 181	0,2	133	5,3
1983	88 348	5,0	246	5,3	107 254	2,0	135	5,3
1984	92 073	4,2	256	5,3	109 199	1,8	138	5,2
1985	94 894	3,1	264	5,2	110 364	1,1	139	5,2
1986	100 291	5,7	279	5,2	112 133	1,6	142	5,1
1987	103 043	2,7	287	5,2	113 385	1,1	143	5,1
1988	108 986	5,8	304	5,2	117 917	4,0	149	5,1
1989	113 958	4,6	317	5,1	120 773	2,4	153	5,1
1990	123 610	8,5	344	5,1	127 713	5,7	161	5,1
1991 ^P	132 736	7,4	370	5,0	132 736	3,9	168	5,0
1992 ^P	139 175	4,9	388	5,0	133 851	0,8	169	5,0
1993 ^P	140 452	0,9	391	5,0	131 367	- 1,9	166	5,0

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990.

Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung¹⁾ 1970 und 1993



1) Unbereinigte Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991.

168/94

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

Deutliche Verschiebung der sektoralen Wirtschaftsstruktur

Wie bereits erwähnt, kann das Bruttoinlandsprodukt nur für die Gesamtwirtschaft, jedoch nicht für die einzelnen Wirtschaftsbereiche ausgewiesen werden, da die Positionen, um die sich Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt unterscheiden, nicht in dieser Gliederung berechnet werden können. Für die Analyse der sektoralen Wirtschaftsstruktur wird daher die unbereinigte Bruttowertschöpfung verwendet, in der die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen enthalten sind und die nichtabziehbare Umsatzsteuer und die Einfuhrabgaben fehlen.

Die unbereinigte Bruttowertschöpfung erreichte im Jahre 1993 in Rheinland-Pfalz, in konstanten Preisen von 1991 bewertet, 127,4 Mrd. DM. Seit 1970 wuchs die gesamtwirtschaftliche Leistung um 51,9 Mrd. DM oder 69 %. In diesen 23 Jahren hat sich die Wirtschaftsstruktur des Landes deutlich verschoben, wie die veränderten Beiträge der einzelnen Wirtschaftsbereiche zur gesamten realen Bruttowertschöpfung zeigen.

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Die reale Bruttowertschöpfung im Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei belief sich 1993 auf 2,6 Mrd. DM. Aufgrund des im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unterdurchschnittlichen

Wachstums von 35 % seit 1970 ist der Strukturanteil dieses Bereichs von 2,6 auf 2 % geschrumpft. Da die Zuwachsrate auch unter dem bundesdurchschnittlichen Wachstum (+ 42 %) lag, hat sich der Anteil der rheinland-pfälzischen Land- und Forstwirtschaft an der gesamten Wertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs im früheren Bundesgebiet von 7,7 auf 7,3 % verringert. Bezieht man den realen Anstieg der Wertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft seit 1970 (674 Mill. DM) auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Rheinland-Pfalz, dann hat der sogenannte primäre Sektor lediglich 1,3 % dazu beigetragen, also weniger als es der Bedeutung des Sektors entspräche. Auch wenn zu bedenken ist, daß die Entwicklung in der Landwirtschaft nicht kontinuierlich verläuft, sondern starken Ertragsschwankungen unterliegt – es sind sowohl zweistellige Zuwachsalso auch Abnahmeraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zu verzeichnen –, ist langfristig der ökonomische Bedeutungsverlust eindeutig erkennbar.

Produzierendes Gewerbe

Das produzierende Gewerbe, dessen Beitrag zur Gesamtwirtschaftsleistung 1993 rund 41 % betrug, ist nach wie vor der wichtigste Wirtschaftsbereich in Rheinland-Pfalz. Jedoch ist der sekundäre Sektor vom Strukturwandel in den letzten zwanzig Jahren besonders betroffen, machte doch 1970 seine Wirtschaftsleistung noch knapp 50 % aus. Zur gesamtwirtschaftlichen Zunahme der Bruttowertschöpfung trug das produzierende Gewerbe mit 28 % unterproportional bei. Im Ver-

gleich zur Entwicklung im Bundesgebiet, wo ein Zuwachs von 30 % seit 1970 zu verzeichnen war, verlief die Entwicklung in Rheinland-Pfalz noch überdurchschnittlich (+ 39 %). Der Bedeutungsverlust des produzierenden Gewerbes beruht auf den verringerten Anteilen des verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes. Dagegen konnte der Bereich Energie- und Wasserversorgung einschl. Bergbau zulegen, wobei dem Bergbau in Rheinland-Pfalz keine Bedeutung zukommt. Mit gut 3 Mrd. DM lag die Bruttowertschöpfung in der Energie- und Wasserversorgung 1993 mehr als doppelt so hoch wie 1970. Die überdurchschnittliche Entwicklung führte zu einem Anstieg des Strukturanteils von 1,9 auf 2,4 % bzw. von 2,7 auf 4,3 % des Bundeswertes.

Das verarbeitende Gewerbe erwirtschaftete 1970 zwei Fünftel der gesamtwirtschaftlichen Leistung, 1991 waren es noch 36 %, und im vergangenen Jahr ist der Anteilswert auf 33 % gesunken, da dieser Bereich von der Rezession besonders betroffen war. Innerhalb dieses komplexen industriellen Bereichs entwickelten sich seit 1970 die Kunststoff- und Gummiindustrie sowie die Elektrotechnik (einschl. Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren) besonders günstig. Ihre Wirtschaftsleistung erheblich steigern konnten aber auch die Schlüsselbranchen in Rheinland-Pfalz, nämlich die chemische Industrie (einschl. Mineralölverarbeitung), der Stahl- und Maschinenbau sowie der Fahrzeugbau, die zusammen rund die Hälfte der Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe stellen. Dagegen hat im

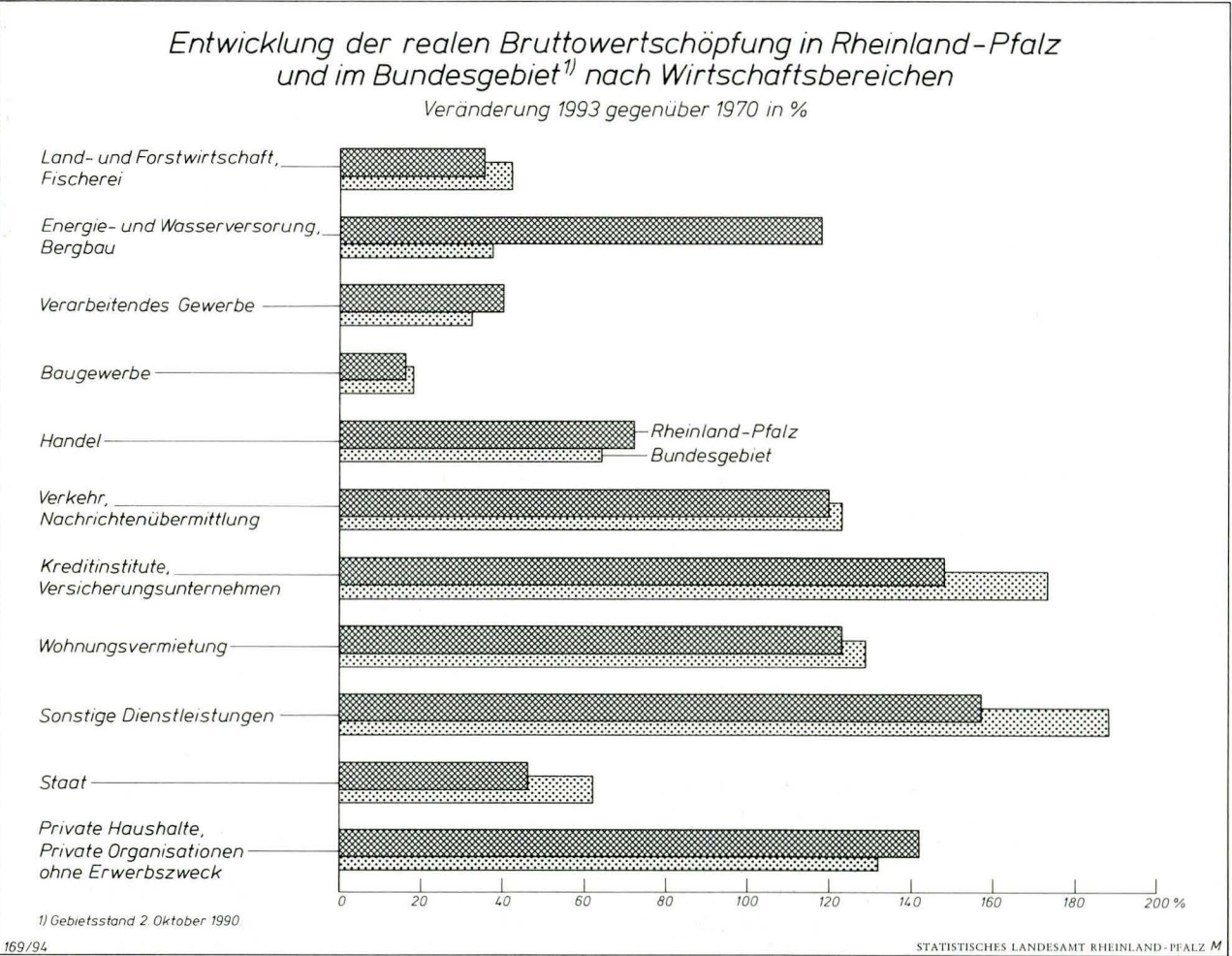
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe ein Schrumpfungsprozeß stattgefunden.

Die quantitative Wirtschaftsleistung des Baugewerbes erreichte 1993 eine Steigerung um 16 % gegenüber 1970 und lag damit unter dem Wert für 1980. Dadurch ging der Beitrag des Baugewerbes zur gesamten Wertschöpfung deutlich zurück, nämlich von 8,1 auf 5,5 %. Während die Leistung des Bauhauptgewerbes, das eine besonders ausgeprägte Konjunkturanfälligkeit erkennen läßt, mehr oder weniger stagniert, ist für das Ausbaugewerbe eine Zunahme um 42 % gegenüber 1970 zu verzeichnen.

Handel und Verkehr

Der Handel ist in seiner Bedeutung seit 1970 fast unverändert geblieben. Die preisbereinigte Wachstumsrate (+ 72 %) entsprach etwa derjenigen der Gesamtwirtschaft. Mit 10,4 Mrd. DM im Jahr 1993 trugen Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 8,2 % zur gesamten Bruttowertschöpfung bei. In der Zeit von 1970 bis 1993 entwickelte sich der Einzelhandel wesentlich günstiger als der Großhandel einschließlich Handelsvermittlung.

Eine dynamische Entwicklung ist für den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung festzustellen. Die reale Bruttowertschöpfung erhöhte sich von 3,2 Mrd. DM



Die Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 1970, 1980 und 1993 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991								
	insgesamt			Meßzahl		Anteil an der Bruttowertschöpfung		Anteil am Bundesgebiet ¹⁾	
	1970	1980	1993 ^p	1980	1993 ^p	1970	1993 ^p	1970	1993 ^p
	Mill. DM			1970 = 100		%			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 931	1 908	2 605	99	135	2,6	2,0	7,7	7,3
Produzierendes Gewerbe	37 585	46 926	52 303	125	139	49,8	41,1	5,2	5,6
davon									
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1 406	2 139	3 069	152	218	1,9	2,4	2,7	4,3
Verarbeitendes Gewerbe	30 093	37 370	42 179	124	140	39,9	33,1	5,5	5,9
Baugewerbe	6 086	7 417	7 055	122	116	8,1	5,5	4,9	4,8
Handel und Verkehr	9 284	12 917	17 518	139	189	12,3	13,8	4,6	4,7
davon									
Handel	6 055	8 515	10 402	141	172	8,0	8,2	4,4	4,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3 229	4 402	7 115	136	220	4,3	5,6	4,8	4,8
Dienstleistungsunternehmen	14 312	22 735	34 989	159	244	19,0	27,5	4,5	4,1
davon									
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	1 991	3 417	4 945	172	248	2,6	3,9	3,7	3,4
Wohnungsvermietung	4 756	7 215	10 601	152	223	6,3	8,3	5,5	5,4
Sonstige Dienstleistungen	7 566	12 103	19 442	160	257	10,0	15,3	4,3	3,9
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	12 400	16 610	19 955	134	161	16,4	15,7	6,2	5,8
davon									
Staat	10 498	13 706	15 363	131	146	13,9	12,1	6,1	5,5
Private Haushalte, private Organisationen o. E.	1 901	2 904	4 592	153	242	2,5	3,6	6,4	6,7
I n s g e s a m t	75 511	101 096	127 369	134	169	100	100	5,1	5,0

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990.

(1970) auf 7,1 Mrd. DM (1993). Durch diese weit überdurchschnittliche Zunahme um 120 % stieg der Strukturanteil von 4,3 auf 5,6 %. Dieser Bereich wuchs nicht nur in Rheinland-Pfalz überproportional, für das frühere Bundesgebiet insgesamt liegt die Steigerungsrate sogar noch etwas höher (+ 123 %).

Dienstleistungsunternehmen

Zu den Dienstleistungsunternehmen (einschl. freie Berufe) gehören in der Abgrenzung der VGR die Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, der Bereich Wohnungsvermietung und die sogenannten sonstigen Dienstleistungen. Letzterer Unterbereich umfaßt ein heterogenes Spektrum an Unternehmen und freien Berufen, das vom Gastgewerbe über Bildungswesen, Verlagsgewerbe, Gesundheitswesen bis zu den hand-

werklichen Dienstleistungen reicht. Eine nachhaltige Expansion haben alle drei Bereiche erfahren. So stieg die reale Wirtschaftsleistung der in Rheinland-Pfalz ansässigen Niederlassungen von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen von 1970 bis 1993 auf das zweieinhalbfache Niveau, lag damit aber noch unter der bundesdurchschnittlichen Steigerungsrate (+ 173 %). Dadurch gewann dieser Bereich sichtlich an Bedeutung für die Gesamtwirtschaft (von 2,6 auf 3,9 %). Der rheinland-pfälzische Anteil am Bundesergebnis für diesen Wirtschaftsbereich liegt mit 3,4 % deutlich unter dem Wert in anderen Sektoren.

Den Dienstleistungsunternehmen wird auch der Bereich Wohnungsvermietung zugeordnet, der funktional abgegrenzt ist und die Aktivitäten aller Wirtschaftssubjekte zusammenfaßt, die sich auf die Vermietung oder Eigennutzung von Wohnungen erstrecken. Mit

einem Anteil von 8,3 % an der gesamten Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz 1993 stellt die Wohnungsvermietung einen bedeutsamen Wirtschaftsbereich dar. Eine beständige, von Konjunktуреinflüssen relativ wenig beeinflusste Entwicklung führte zu einem Anstieg der Wertschöpfung um 123 % seit 1970, etwa im gleichen Ausmaß wie im früheren Bundesgebiet (+ 129 %).

Der dritte Teilbereich des Dienstleistungssektors, die „sonstigen Dienstleistungen“, hat im Zeitraum 1970 bis 1993 am kräftigsten expandiert. Im Jahre 1993 erreichte die Wertschöpfung preisbereinigt einen Betrag von 19,4 Mrd. DM, das bedeutet eine Steigerung um 157 % gegenüber 1970, wodurch der Beitrag von 10 auf 15,3 % stieg. Noch dynamischer entwickelten sich die sonstigen Dienstleistungen im Durchschnitt der alten Bundesländer (+ 188 %). Mit 3,9 % liegt der rheinland-pfälzische Anteil am Bundeswert dieses Wirtschaftsbereichs unter dem Durchschnitt für die Gesamtwirtschaft.

Insgesamt erwirtschafteten die privatwirtschaftlichen Dienstleistungsunternehmen 1993 rund 35 Mrd. DM und somit 27,5 % der rheinland-pfälzischen Bruttowertschöpfung. 1970 waren es nur 19,0 % gewesen. Vom gesamtwirtschaftlichen Wachstum in der Zeit von 1970 bis 1993 entfielen zwei Fünftel auf diesen Sektor. Betrachtet man die Zeit seit 1980, dann waren es sogar 47 %.

Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck

Mit einer Wertschöpfung von rund 20 Mrd. DM im Jahre 1993 trug der Bereich „Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck“ 15,7 % zur

gesamtwirtschaftlichen Leistung bei. Demnach wurde knapp ein Sechstel der Bruttowertschöpfung außerhalb des Unternehmensbereichs erwirtschaftet. Bis Mitte der siebziger Jahre war der Anteil noch auf 17,7 % gestiegen und ist danach gesunken. Dieses Schrumpfen beruht auf dem staatlichen Bereich: Nahm die reale Wertschöpfung von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung von 1970 bis 1975 um 20 % zu, so waren es von 1975 bis 1993 noch 22 %. Eine stetige Aufwärtsentwicklung über den Gesamtzeitraum ist dagegen für die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zu verzeichnen. Ihr Beitrag zur wirtschaftlichen Leistung des nichtgewerblichen Sektors stieg von 15,3 % (1970) auf 23 % (1993) und zur gesamten Wertschöpfung von 2,5 auf 3,6 %.

Faßt man die Dienstleistungen zum sogenannten tertiären Sektor zusammen, bestehend aus marktbestimmten Dienstleistungen (Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen einschl. freie Berufe) und nichtmarktbestimmten Dienstleistungen (Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck), ergibt sich 1993 ein Wertschöpfungsanteil von 57 %, dem ein Anteil von 43 % für den primären und sekundären Sektor gegenübersteht. 1970 waren noch gut 52 % der gesamtwirtschaftlichen Leistung von den warenproduzierenden Bereichen Land- und Forstwirtschaft und produzierendes Gewerbe erwirtschaftet worden und knapp 48 % entfielen auf die Dienstleistungen. Zum Leistungszuwachs der Gesamtwirtschaft im Zeitraum von 1970 bis 1993 trugen die marktbestimmten Dienstleistungen allein 56 % bei, einschließlich der nichtmarktbestimmten Dienstleistungen sogar 70 %.

Diplom-Volkswirt Werner Kertels

Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel 1993

Als Ergänzung zur vierteljährlichen Verdiensterhebung in Industrie und Handel wird seit 1971, entsprechend dem Gesetz über die Lohnstatistik, die Bruttojahresverdiensterhebung in den Bereichen Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe durchgeführt. Die Erhebung dient der regelmäßigen Gewinnung aktueller und detaillierter Ergebnisse über die Entwicklung der durchschnittlichen Bruttojahresverdienste und ist als Grundlage für wirtschafts-, konjunktur- und tarifpolitische Entscheidungen von großer Bedeutung.

Zur Vereinfachung der Erhebung werden die für die vierteljährliche Verdiensterhebung repräsentativ ausgewählten Berichtsbetriebe zusätzlich jährlich einmal über die Höhe der Jahresverdienste ihrer vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer befragt. Um die anfallenden Arbeiten bei den Berichtsbetrieben möglichst gering zu halten, werden dabei keine Individualangaben erfragt, sondern es sind lediglich die Bruttojahresgehalt- bzw. -lohnsummen der Angestellten und Arbeiter, die das gesamte Jahr dem Betrieb angehörten, nach Geschlecht differenziert anzugeben. Bei den nachgewiesenen Jahresverdiensten handelt es sich um Durchschnittsangaben. Aussagen über die Streuung der

Verdienste sind aufgrund der Summenmethode nicht möglich. Rückschlüsse auf die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten können nur bedingt und zwar unter Rückgriff auf die Ergebnisse der vierteljährlichen Verdiensterhebung gezogen werden, da eine Unterscheidung verschiedener Leistungsgruppen bei der Bruttojahresverdiensterhebung nicht vorgenommen wird.

Obwohl beiden Erhebungen der gleiche Kreis von Berichtsbetrieben zugrunde liegt, unterscheidet sich der einzubeziehende Personenkreis wegen der verschiedenen Anforderungen an den Berichtszeitraum. In der vierteljährlichen Verdiensterhebung müssen die Beschäftigten im gesamten Berichtsmonat (Januar, April, Juli, Oktober) vollbeschäftigt sein, in der Bruttojahresverdiensterhebung werden dagegen nur ganzjährig vollbeschäftigte Arbeiter und Angestellte erfaßt.

Definition des Bruttojahresverdienstes

Ein weiterer bedeutender Unterschied in den Konzeptionen der beiden, im lohnstatistischen Berichtssystem den laufenden Statistiken zuzuordnenden

Bruttojahresverdienste der Industriearbeiter 1993 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	DM			Veränderung zum Vorjahr in %		
Industrie ¹⁾	52 642	54 809	38 249	2,1	1,6	3,1
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	62 329	62 692	48 303	2,7	2,7	3,5
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	57 824	58 840	43 561	2,0	1,9	2,3
Investitionsgüterindustrie	52 345	54 223	40 504	0,3	- 0,2	2,5
Verbrauchsgüterindustrie	46 401	50 964	34 497	3,4	2,5	3,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	51 581	54 658	39 643	3,4	2,4	6,8
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	51 076	51 076	-	4,1	4,1	-

1) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

Erhebungen, ist die unterschiedliche Abgrenzung der Bruttoverdienste. Während in der vierteljährlichen Verdiensterhebung lediglich die regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienste erfaßt werden, umfaßt die Definition des Bruttojahresverdienstes außerdem die einmalig oder unregelmäßig gewährten Sonderzahlungen. Zur Ermittlung der Bruttojahresverdienstsumme sind die gemäß § 31 Lohnsteuerdurchführungsverordnung für jeden Arbeitnehmer zu führenden Lohnkonten heranzuziehen. Die Bruttojahresverdienstsumme ergibt sich durch Addition folgender Einzelpositionen des Lohnkontos :

- Verdienst (einschließlich steuerlicher Wert von Sachbezügen ohne jeden Abzug),
- Jahresabschluß- und Ergebnisprämien, Gewinnbeteiligungen, 13. Monatsgehalt bzw. -lohn, zusätzliches Urlaubsgeld, Weihnachtsgratifikationen u. ä.,
- Bezüge, die nicht zum steuerpflichtigen Verdienst gehören,
- Vergütungen für Arbeitnehmererfindungen,
- Bezüge, die nach festen oder besonderen Pauschsteuersätzen besteuert worden sind sowie die darauf anfallende Lohnsteuer, wenn der Arbeitgeber sie übernommen hat,
- Fahrtkostenersatz und -zuschüsse für Fahrten von und zur Arbeitsstätte, sofern hierfür Lohnsteuer entrichtet wird.

Diese unterschiedlichen Verdienstdefinitionen können dazu führen, daß in Verbindung mit aktuell diskutierten bzw. bereits vereinbarten Tarifvertragsmodifikationen, welche die Einschränkung der Lohnsonderzahlungen oder deren Umwandlung in regelmäßige Zahlungen vorsehen, die scheinbar widersprüchliche Situation entsteht, daß die nachgewiesenen Bruttomonatsverdienste steigen, die Bruttojahresverdienste dagegen sinken. Diese Überlegungen verdeutlichen, wie wichtig es ist, bei der Interpretation statistischer Ergebnisse das zugrunde liegende Erhebungskonzept zu kennen und entsprechend zu berücksichtigen.

Zunehmende Bedeutung der Bruttojahresverdiensterhebung

Nicht allein aufgrund möglicher Veränderungen bei der Behandlung von Lohnsonderzahlungen, sondern auch wegen der besseren Vergleichbarkeit mit anderen

Einkommensstatistiken, der Bedeutung des Bruttojahresverdienstes für die Veranlagung zur Einkommensteuer und als Grundlage für die Tarifvertragspartner treten die Ergebnisse der Bruttojahresverdiensterhebung in letzter Zeit stärker in den Vordergrund. Diesen Anforderungen trägt die amtliche Statistik Rechnung, indem vom nächsten Jahr an die Bruttojahresverdiensterhebung vorrangig bearbeitet wird und die Ergebnisse damit früher veröffentlicht werden können.

Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste, die 1993 in Rheinland-Pfalz von den Arbeitern in der Industrie und von den Angestellten in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erzielt wurden. Die Angaben sind nach dem Geschlecht der Beschäftigten gegliedert. Außerdem erfolgt die Darstellung nach Wirtschaftsbereichen und Wirtschaftszweigen. Unter Wirtschaftszweigen versteht man die Zusammenfassung von Betrieben mit weitgehend homogener wirtschaftlicher Tätigkeit, während es sich bei den Wirtschaftsbereichen um Zusammenfassungen von sachverwandten Wirtschaftszweigen handelt. Auf einen Vergleich der Veränderungsraten des Jahres 1993 mit denen des Vorjahres wird bewußt verzichtet, da 1992 ein neuer Berichtskreis für die laufenden Verdiensterhebungen ausgewählt wurde und somit der Aussagewert von Veränderungsraten für dieses Jahr eingeschränkt ist. Die wichtigsten Gründe für solche Berichtskreiswechsel, bei denen es im Abstand von ca. 8 bis 10 Jahren zu einer Neuauswahl der Betriebe kommt, sind die Anpassung an den sich vollziehenden Strukturwandel in der Wirtschaft und die damit verbundene Gewährleistung der Repräsentativität der Ergebnisse.

Entwicklung der Bruttojahresverdienste 1993

Die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste haben sich 1993 gegenüber dem Vorjahr erhöht. Diese Aussage trifft für Arbeiter und Angestellte in allen betrachteten Wirtschaftsbereichen in Rheinland-Pfalz zu. Eine Analyse nach Geschlecht und Wirtschaftszweigen ergibt allerdings differenziertere Ergebnisse. Die männlichen Arbeiter der Investitionsgüterindustrie sowie die männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten einzelner Wirtschaftszweige mußten 1993 nominale Einkommensrückgänge hinnehmen. Berücksichtigt man die Erhöhung des Preisindex für die Lebenshaltung

aller privaten Haushalte, die 1993 im Jahresdurchschnitt 4,2% betrug, so zeigt der Blick auf die Ergebnisse, daß reale Verdienststeigerungen 1993 die Ausnahme waren.

Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz kamen 1993 auf einen Bruttojahresverdienst von rund 52 600 DM

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst der rheinland-pfälzischen Industriearbeiter stieg im Jahre 1993 um 2,1% auf 52 600 DM. Männer erhielten im Durchschnitt 54 800 DM (+ 1,6%), Frauen 38 200 DM (+ 3,1%).

Ein Vergleich der einzelnen Wirtschaftsbereiche zeigt 1993 deutliche Unterschiede hinsichtlich der Höhe und Entwicklung der Bruttojahresverdienste. Die höchsten Löhne wurden mit 62 300 DM im Bereich Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung, in dem 2% der männlichen und 1% der weiblichen Arbeiter beschäftigt sind, nachgewiesen.

In der Verbrauchsgüterindustrie verdienen die männlichen (51 000 DM) und weiblichen (34 500 DM) Arbeiter im Durchschnitt 46 400 DM. Damit rangierten die in diesem Wirtschaftsbereich tätigen 21% aller Arbeiter, und zwar 17% der Männer und 44% der Frauen, am unteren Ende der Lohnskala. Die männli-

Bruttojahresverdienste der Industriearbeiter in ausgewählten Wirtschaftszweigen 1993

Wirtschaftsbereich / Wirtschaftszweig	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	DM			Veränderung zum Vorjahr in %		
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	62 329	62 692	48 303	2,7	2,7	3,5
Elektrizitätsversorgung	64 227	64 696	49 093	3,3	3,2	4,3
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	57 824	58 840	43 561	2,0	1,9	2,3
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	53 584	54 139	36 793	3,0	3,1	0,6
Metallerzeugung und -bearbeitung	52 411	52 763	36 458	1,9	1,7	- 3,1
Chemische Industrie	61 079	62 683	44 781	2,0	1,7	3,0
Holzbearbeitung	50 939	51 058	(43 641)	3,3	3,3	(3,4)
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	54 544	55 404	39 749	- 0,8	- 1,0	2,3
Gummiverarbeitung	51 726	52 127	40 781	- 1,3	- 1,3	- 2,9
Investitionsgüterindustrie	52 345	54 223	40 504	0,3	- 0,2	2,5
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau	53 217	53 415	(40 649)	- 0,4	- 0,9	(15,6)
Maschinenbau	51 606	52 447	39 141	0,3	0,2	- 0,4
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	57 756	58 980	45 340	- 0,6	- 0,8	0,9
Elektrotechnik	46 607	51 727	38 216	3,7	2,0	3,2
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	46 544	50 000	40 940	2,2	1,8	2,1
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	47 619	49 450	38 308	1,2	0,6	2,5
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen usw.	68 008	68 134	67 530	7,1	7,8	4,7
Verbrauchsgüterindustrie	46 401	50 964	34 497	3,4	2,5	3,6
Feinkeramik	44 428	48 450	34 443	2,4	3,5	- 2,3
Herstellung und Verarbeitung von Glas	53 536	55 465	40 125	4,4	4,4	3,5
Holzverarbeitung	47 923	50 027	38 759	0,8	0,5	2,3
Papier- und Pappeverarbeitung	48 834	52 267	36 713	1,0	0,5	2,0
Druckerei, Vervielfältigung	55 352	59 018	43 057	5,2	4,3	6,7
Herstellung von Kunststoffwaren	48 995	50 872	35 992	2,4	1,9	3,4
Herstellung von Schuhen	35 027	39 553	32 382	4,8	4,2	4,8
Textilgewerbe	41 143	46 793	31 612	0,2	0,5	0,1
Bekleidungsgewerbe	31 721	43 669	29 873	6,0	0,9	7,6
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	51 581	54 658	39 643	3,4	2,4	6,8
Brauerei, Mälzerei	55 175	55 305	(44 921)	2,6	2,7	(6,9)
Getränkherstellung (ohne Brauerei, Mälzerei)	50 553	52 619	38 937	1,1	0,5	5,9
Tabakverarbeitung	58 590	62 720	50 812	5,5	5,2	5,5
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	51 076	51 076	-	4,1	4,1	-

chen Industriearbeiter erzielten in den Wirtschaftszweigen Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (68 100 DM), Elektrizitätsversorgung (64 700 DM) und in der Tabakverarbeitung (62 700 DM) die höchsten Jahreslöhne. In diesen Wirtschaftszweigen zusammen sind allerdings lediglich ca. 2 % der Arbeiter beschäftigt. Von den in Rheinland-Pfalz sehr stark besetzten Wirtschaftszweigen wurden in der chemischen Industrie (16 % aller Arbeiter) mit 62 700 DM und im Straßenfahrzeugbau (12 % aller Arbeiter) mit 59 000 DM ebenfalls überdurchschnittliche Jahresverdienste nachgewiesen.

Bei den Arbeiterinnen zeigt sich ein ähnliches Bild. Von dem mit Abstand höchsten Jahreslohn in der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (67 500 DM) kann nur etwa jede 200. Frau profitieren. Der Bruttolohn in den Wirtschaftszweigen mit den meisten Arbeiterinnen lag in der Elektrotechnik (12 % der Arbeiterinnen) mit 38 200 DM im Durchschnitt aller Industriearbeiterinnen, während in der chemischen Industrie (11 % der Arbeiterinnen) mit 44 800 DM deutlich mehr und in der Schuhindustrie (11 % der Arbeiterinnen) mit 32 400 DM deutlich weniger als im Durchschnitt gezahlt wurde.

Die größten Lohnzuwächse in den Wirtschaftsbereichen wurden für die Bauindustrie mit 4,1 % errechnet, während die Lohnsteigerung der Arbeiterschaft in der Investitionsgüterindustrie mit 0,3 % deutlich niedriger ausfiel. In den einzelnen Wirtschaftszweigen zeigte sich 1993 ein sehr differenziertes Bild. Bei den Männern reichte die Spannweite der Veränderungsraten von + 7,8 % (Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen) bis - 1,3 % (Gummiverarbeitung). Bei den Arbeiterinnen waren sogar Unterschiede von + 7,6 % im Bekleidungsgewerbe bis - 3,1 % in der Metallerzeugung und -bearbeitung festzustellen.¹⁾

Angestellte in der Industrie verdienen 76 300 DM

Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst eines vollbeschäftigten Industrieangestellten betrug 1993 in Rheinland-Pfalz 76 300 DM (+ 2,9 %). Aufgrund der

unterschiedlichen Beschäftigtenstruktur blieb das Jahresgehalt der weiblichen Angestellten trotz höherer Steigerungsraten (+ 4 % gegenüber + 2,5 %) mit 56 000 DM deutlich hinter dem ihrer männlichen Kollegen (83 400 DM) zurück.

Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie stellt sich dabei als der Wirtschaftsbereich mit den höchsten Jahresgehältern (82 400 DM) dar. Sowohl die Männer (88 500 DM) als auch die Frauen (63 100 DM) nehmen die Spitzenposition in der Verdienstrangfolge ein. Die niedrigsten Gehälter werden den männlichen Angestellten der Verbrauchsgüterindustrie (76 400 DM) und den weiblichen Angestellten der Bauindustrie (47 800 DM) gezahlt. Bezogen auf die Wirtschaftszweige erzielten die männlichen Angestellten die höchsten Gehälter in der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (105 000 DM). Die zweithöchsten Gehälter werden in der chemischen Industrie (91 300 DM) gezahlt, in der auch fast 34 % der rheinland-pfälzischen Industrieangestellten tätig sind. Die niedrigsten Gehälter ergaben sich wie in den Vorjahren in der Schuhindustrie (64 200 DM).

Für die weiblichen Angestellten zeigt sich an beiden Enden der Lohnskala dasselbe Bild. Die Spitzenposition in den Wirtschaftszweigen nimmt die Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (74 600 DM) ein. Die chemische Industrie als der bestbesetzte Wirtschaftszweig (31 % der weiblichen Industrieangestellten) zahlt die zweithöchsten Gehälter (65 600 DM) und die Schuhindustrie (40 600 DM) bildet das Schlußlicht in der Gehaltstabelle.

Die Verdienstzuwächse der Angestellten liegen bei Frauen und Männern in der Regel über denen der Arbeiter. Detailliertere Aussagen bleiben hier dem direkten Vergleich der einzelnen Wirtschaftszweige vorbehalten.

Angestellte im Dienstleistungsbereich verdienen 20 000 DM weniger als ihre Kollegen in der Industrie

Der durchschnittliche Jahresverdienst der Angestellten im Bereich Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe lag mit 56 100 DM um 5,1 % höher als im Vorjahr, allerdings über 20 000 DM unter dem der Industrieangestellten.

1) Ergebnisse mit eingeschränktem Aussagewert aufgrund geringer Besetzungszahlen werden bei der Analyse nicht berücksichtigt.

Bruttojahresverdienste der Angestellten 1993 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	DM			Veränderung zum Vorjahr in %		
Industrie ¹⁾ , Handel ²⁾	66 951	77 376	49 925	3,6	3,4	4,8
Industrie ¹⁾	76 330	83 383	55 986	2,9	2,5	4,0
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	75 210	80 760	57 130	3,8	3,7	4,0
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	82 363	88 514	63 061	2,0	1,8	3,0
Investitionsgüterindustrie	74 557	81 071	52 892	2,7	2,1	4,0
Verbrauchsgüterindustrie	66 990	76 383	48 892	3,5	3,1	4,1
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	71 109	78 621	54 349	7,0	7,1	7,0
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	71 428	80 909	47 808	6,1	6,3	6,6
Handel ²⁾	56 109	66 607	46 464	5,1	5,3	5,7

1) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk. – 2) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.

Bruttojahresverdienste der Angestellten in ausgewählten Wirtschaftszweigen 1993

Wirtschaftsbereich / Wirtschaftszweig	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	DM			Veränderung zum Vorjahr in %		
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	75 210	80 760	57 130	3,8	3,7	4,0
Elektrizitätsversorgung	77 650	82 778	59 496	3,7	3,6	3,6
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	82 363	88 514	63 061	2,0	1,8	3,0
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	66 587	72 532	50 174	4,6	3,8	4,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	68 349	73 437	52 028	1,9	0,6	7,6
Chemische Industrie	85 049	91 270	65 637	1,7	1,7	2,1
Holzbearbeitung	65 259	71 963	46 336	2,8	2,6	3,6
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	74 792	82 800	52 177	- 0,2	- 1,4	4,3
Gummiverarbeitung	71 649	75 798	51 654	0,8	- 0,2	4,0
Investitionsgüterindustrie	74 557	81 071	52 892	2,7	2,1	4,0
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau	64 717	71 503	47 187	2,4	3,4	- 0,2
Maschinenbau	71 180	77 297	50 804	1,5	1,2	3,1
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	83 051	89 121	60 699	3,9	3,2	4,3
Elektrotechnik	71 199	77 157	50 964	2,2	0,4	8,0
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	70 957	77 824	50 020	0,9	1,7	0,5
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	68 362	76 441	49 535	2,8	2,4	4,0
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen usw.	101 636	105 017	74 570	7,1	6,1	13,7
Verbrauchsgüterindustrie	66 690	76 383	48 892	3,5	3,1	4,1
Feinkeramik	62 775	69 821	49 462	- 1,6	- 0,5	- 4,0
Herstellung und Verarbeitung von Glas	70 636	80 245	50 753	2,4	2,4	2,4
Holzverarbeitung	69 527	79 887	45 505	3,8	3,5	5,4
Papier- und Pappeverarbeitung	73 072	83 228	51 642	2,4	2,5	1,4
Druckerei, Vervielfältigung	66 904	76 072	51 391	6,9	6,1	7,2
Herstellung von Kunststoffwaren	69 410	76 972	51 843	2,0	1,3	3,1
Herstellung von Schuhen	56 319	64 156	40 589	5,6	5,8	4,3
Textilgewerbe	66 931	76 427	47 971	3,2	3,6	3,6
Bekleidungsgewerbe	54 864	69 703	46 626	5,9	1,1	10,5
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	71 109	78 621	54 349	7,0	7,1	7,0
Brauerei, Mälzerei	73 623	79 105	56 069	6,1	6,2	5,8
Getränkeherstellung (ohne Brauerei, Mälzerei)	73 623	81 646	57 165	11,3	11,3	11,9
Tabakverarbeitung	82 837	88 248	67 090	3,1	3,3	1,8
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	71 428	80 909	47 808	6,1	6,3	6,6
Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	56 109	66 607	46 464	5,1	5,3	5,7
Großhandel	57 780	64 191	44 877	5,7	4,8	6,5
Einzelhandel	42 368	52 005	38 471	6,1	6,6	6,9
Kreditinstitute	62 814	72 578	53 138	3,2	3,8	3,6
Versicherungsgewerbe	66 731	75 118	58 221	4,2	4,9	3,2

Männliche Angestellte erzielten 66 600 DM (+ 5,3 %). Die höchsten Gehälter wurden im Versicherungsgewerbe (75 100 DM) gezahlt, im Einzelhandel mit 52 000 DM bei einer Steigerungsrate von 6,6 % die niedrigsten.

Der Jahresverdienst der weiblichen Angestellten im erfaßten Dienstleistungsbereich stieg um 5,7 % auf

46 500 DM und im Einzelhandel auf 38 500 DM (+ 6,9 %). Bei den Kreditinstituten – hier arbeiten 45 % der männlichen und 42 % der weiblichen Angestellten des Dienstleistungssektors – wurden 72 600 DM (Männer) bzw. 53 100 DM (Frauen) gezahlt. Die entsprechenden Gehaltssteigerungen betrugen 3,8 % bzw. 3,6 %.

Diplom-Volkswirt Thomas Kirschey

Das Vermögen der natürlichen Personen 1989

Die Vermögensteuerstatistik erfolgt nach dem Gesetz über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I S. 665), zuletzt geändert durch Art. 3 des 2. Statistikbereinigungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2555), in Verbindung mit der durch die Finanzverwaltung vorgenommenen Hauptveranlagung zur Vermögensteuer.

Neben den laufenden Vermögenserträgen, die als Einkommen zu versteuern sind, wird auch das Vermögen besteuert, weil es eine eigene zusätzliche Leistungsfähigkeit begründet. Die Verfügungsgewalt über ein mittleres oder größeres Vermögen fördert wesentlich die Möglichkeiten und die Effektivität wirtschaftlicher Betätigung. Dies führt zu einer besonderen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, deren zusätzliche Besteuerung aus sozial- und gesellschaftspolitischen Gründen gerechtfertigt werden kann. Die Vermögensteuer ist eine Besitzsteuer, die jährlich erhoben wird und in voller Höhe den Ländern zufließt. Die Hauptveranlagung erfolgt in Abständen von drei Jahren. Bei wesentlichen Vermögensschwankungen oder bei Veränderungen der persönlichen Verhältnisse wird jedoch eine Neuveranlagung vorgenommen.

Die Vermögensteuerstatistik ist die einzige Quelle, die Einblicke in den Umfang und die Zusammensetzung des Vermögens nach Vermögensarten ermöglicht. Jedoch kann sie kein vollständiges Bild über die realen Vermögensverhältnisse vermitteln, da die Vermögenswerte durch Freibetragsregelungen und den Ansatz der steuerlichen Einheitswerte gemindert nachgewiesen werden. Zusammen veranlagte Ehegatten gelten als Veranlagungsgemeinschaft und zählen als ein Steuerpflichtiger. Das gleiche gilt für Eltern und Kinder, sofern

die Kinder das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben bzw. ohne Altersbeschränkung bei behinderten Kindern. Gemäß § 4 Abs. 2 des Vermögensteuergesetzes wird eine Veranlagung zur Vermögensteuer nur vorgenommen, wenn das Gesamtvermögen die nachstehenden Grenzen überschreitet:

- 70 000 DM bei allein veranlagten unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen natürlichen Personen,
- bei unbeschränkt vermögensteuerpflichtigen Personen, für die eine Zusammenveranlagung gemäß § 14 Abs. 1 und 2 VStG mit ihrem Ehegatten und (oder) ihren Kindern erfolgt, der Betrag, der sich ergibt, wenn für jede der zusammen veranlagten Personen 70 000 DM angesetzt werden.

Dies hat zur Folge, daß im Jahre 1989 von insgesamt 1 581 900 rheinland-pfälzischen Haushalten lediglich 3 % vermögensteuerpflichtig waren.

Als Erhebungsunterlagen dienen die vom Rechenzentrum der Finanzverwaltung erstellten Datenträger, bei den nicht maschinell bearbeiteten Fällen anonymisierte Durchschriften der Vermögensteuerbescheide.

Knapp 30 Mrd. DM Gesamtvermögen

Das Gesamtvermögen ist die Summe der vier Vermögensarten, nämlich das land- und forstwirtschaftliche, das Grund-, das Betriebs- und das sonstige Vermögen, vermindert um die Schulden und sonstigen Abzüge. Das Betriebsvermögen fließt als Nettowert in die Berechnung ein, da alle mit dem gewerblichen Betrieb in Zusammenhang stehenden Schulden bereits abgezogen

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen und deren Gesamtvermögen 1986 und 1989 nach Vermögensgruppen¹⁾

Gesamtvermögen in DM	Steuerpflichtige		Ver- änderung		Gesamtvermögen		Ver- änderung	
	1986	1989			1989	1989		
	Anzahl		%		Mill. DM		%	
unter 100 000	1 057	1 916	4,0	81,3	94	170	0,6	80,9
100 000 – 150 000	3 436	5 705	11,8	66,0	433	719	2,4	66,1
150 000 – 200 000	4 285	6 633	13,8	54,8	749	1 161	3,9	55,0
200 000 – 250 000	3 980	6 087	12,6	52,9	893	1 364	4,6	52,7
250 000 – 300 000	3 377	4 848	10,1	43,6	925	1 328	4,5	43,6
300 000 – 400 000	4 951	6 907	14,3	39,5	1 713	2 390	8,0	39,5
400 000 – 500 000	3 181	4 227	8,8	32,9	1 424	1 886	6,3	32,4
500 000 – 1 000 000	6 110	7 644	15,9	25,1	4 193	5 226	17,6	24,6
1 000 000 – 2 500 000	2 602	3 049	6,3	17,2	3 835	4 478	15,1	16,8
2 500 000 – 5 000 000	513	698	1,4	36,1	1 746	2 384	8,0	36,5
5 000 000 – 10 000 000	204	279	0,6	36,8	1 400	1 946	6,5	39,0
10 000 000 – 20 000 000	84	114	0,2	35,7	1 087	1 544	5,2	42,0
20 000 000 – 50 000 000	39	55	0,1	41,0	1 179	1 519	5,1	28,8
50 000 000 und mehr	19	27	0,1	42,1	3 131	3 630	12,2	15,9
Insgesamt	33 838	48 189	100	42,4	22 802	29 745	100	30,4

1) Stand jeweils am 1. Januar.

gen wurden, wobei sich auch negative Werte ergeben können.

Zum 1. Januar 1989 veranlagten die Finanzämter rund 48 000 unbeschränkt vermögenssteuerpflichtige natürliche Personen mit einem Gesamtvermögen von knapp 30 Mrd. DM. Im Vergleich zur letzten Hauptveranlagung zum 1. Januar 1986 sind das gut 42 % Fälle mehr. Die Steigerung des Vermögens beträgt rund 30 %. Je Steuerpflichtigen errechnet sich ein Durchschnittswert von 617 000 DM.

Zur Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens sind vom Gesamtvermögen die persönlichen Freibeträge (Grund-, Alters- und Erwerbsunfähigkeitsfreibeträge) abzuziehen. Sie beliefen sich 1989 auf 5,9 Mrd. DM. Das steuerpflichtige Vermögen betrug demnach knapp 24 Mrd. DM. Die Vermögensteuer beträgt für natürliche Personen jährlich 0,5 %, wobei ein Betrag bis zu 50 DM nicht erhoben wird. Sie bezifferte sich im Jahre 1989 auf 119 Mill. DM. Rund 2 000 Steuerpflichtige waren nicht steuerbelastet, da sich nach Abzug der Freibeträge kein steuerpflichtiges Vermögen errechnete oder die Steuerschuld unter der erwähnten Grenze lag.

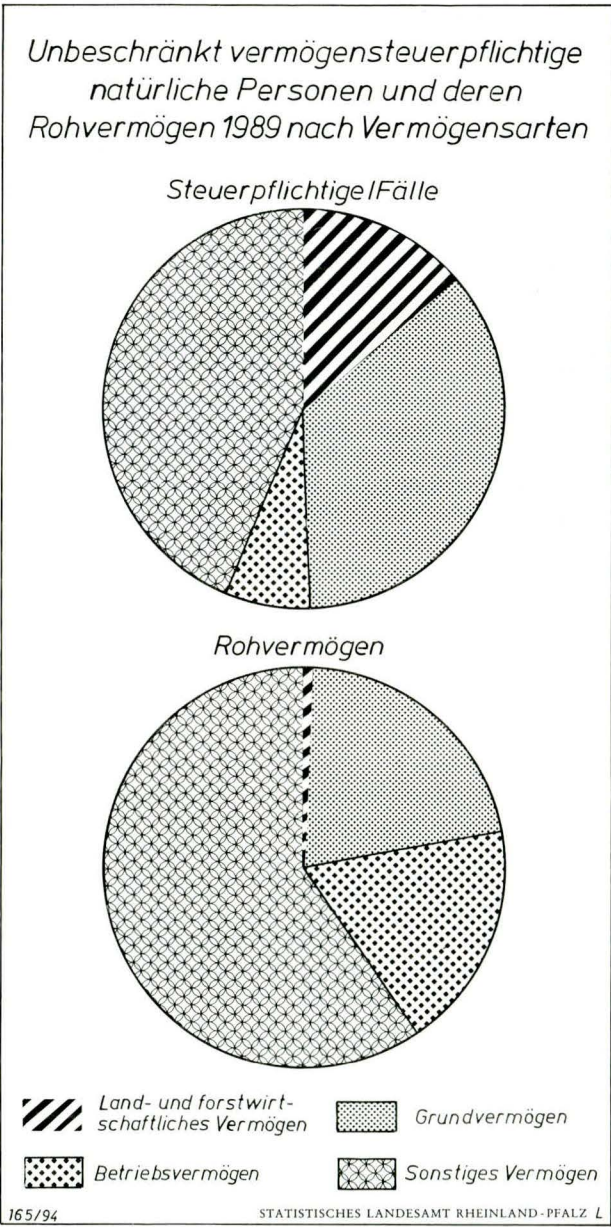
Vermögensarten

Das Rohvermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen setzt sich aus dem land- und forstwirtschaftlichen, dem Grund-, dem Betriebs- und dem sonstigen Vermögen zusammen. Bei einer Untersuchung der Vermögensstruktur ist zu berücksichtigen, daß Schulden und andere Belastungen beim land- und forstwirtschaftlichen sowie beim Grundvermögen zunächst unberücksichtigt bleiben. Diese Beträge sind erst für die Ermittlung des Gesamtvermögens abzusetzen. Beim Betriebsvermögen sind diese Werte bereits berücksichtigt.

Zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehören alle dem Betrieb dauerhaft dienenden Wirtschaftsgüter, insbesondere Grund und Boden, Wohn- und Wirtschaftsgebäude sowie stehende und umlaufende Betriebsmittel. Der Wertansatz dieser Vermögenswerte basiert auf den Einheitswerten vom 1. Januar 1964. Für 15 200 Fälle wurde diese Vermögensart festgestellt. Bei einem steuerlichen Wert von 175 Mill. DM ergibt sich ein Anteil von 0,5 % am Rohvermögen. Für 68 Steuerpflichtige war das die überwiegende Vermögensart. 16 konnten ein Gesamtvermögen von 250 000 DM und mehr aufweisen.

Vier Fünftel der Steuerpflichtigen weisen ein Grundvermögen mit einem durchschnittlichen Wert von 186 000 DM aus. Der Anteil am Rohvermögen liegt bei einem Fünftel. Der Ansatz dieser Vermögensart basiert auf dem Wertniveau vom 1. Januar 1964 zuzüglich eines Aufschlags von 40 %. Im Vergleich zum Jahre 1986 erhöhte sich die Zahl der Veranlagten um 36 % und der Wert um 20 % auf 7,2 Mrd. DM. In diese Vermögensart sind der Grund und Boden, die Gebäude, die sonstigen Bestandteile und das Zubehör, das Wohnungseigentum und das Erbbaurecht einbezogen, soweit es sich nicht um land- und forstwirtschaftliches Vermögen oder um Betriebsgrundstücke handelt.

Gemäß § 117a des Bewertungsgesetzes bleibt Betriebsvermögen mit einem positiven Einheitswert bis zu einem Betrag von 125 000 DM außer Ansatz. Der übersteigende Betrag ist mit 75 %, bei Handelsschiffen mit 50 %, anzusetzen. Bei Veranlagungsgemeinschaften steht dieser Freibetrag jeder einzelnen Person des Haushalts zu, soweit ihr positives Betriebsvermögen zuzurechnen ist. Dieser Vermögensart sind alle Teile einer wirtschaftlichen Einheit, die dem Betrieb als Hauptzweck dienen, zuzurechnen. Durch die Freibetragsregelung fallen hauptsächlich kleinere Betriebsvermögen aus der Veranlagung. Die Fallzahl verminderte sich von 10 900 auf 7 500, der Wertansatz schrumpfte um 3,3 Mrd. DM auf 6,2 Mrd. DM. Der Durchschnittswert von rund 827 000 DM ist der weitaus höchste der vier Vermögensarten. Gegenüber 1986 ist eine leichte Steigerung von 2 % zu verzeichnen. Für knapp 2 900 Veranlagte wurde das Betriebsvermögen als überwiegender Wert registriert. Jeder Dritte hatte hier ein Gesamtvermögen von 1 Mill. DM und mehr.



Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen und deren Vermögen 1986 und 1989¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1989	Veränderung in %
Steuerpflichtige	Anzahl	33 838	48 189	42,4
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen				
Fälle	Anzahl	11 170	15 216	36,2
Betrag	Mill. DM	151	175	15,9
Betrag je Fall	DM	13 501	11 479	- 15,0
Anteil am Rohvermögen	%	0,6	0,5	- 16,7
Grundvermögen				
Fälle	Anzahl	28 665	38 931	35,8
Betrag	Mill. DM	6 065	7 247	19,5
Betrag je Fall	DM	211 566	186 159	- 12,0
Anteil am Rohvermögen	%	23,2	21,5	7,3
Betriebsvermögen ²⁾				
Fälle	Anzahl	11 411	10 916	- 4,3
Betrag	Mill. DM	8 877	9 544	7,5
Betrag je Fall	DM	777 909	874 334	12,4
Anteil am Rohvermögen	%	33,9	28,3	- 16,5
nach Ansatz § 117a BewG				
Fälle	Anzahl	7 088	7 537	6,3
Betrag	Mill. DM	5 749	6 234	8,4
Betrag je Fall	DM	811 132	827 140	2,0
Anteil am Rohvermögen	%	22,0	18,5	- 15,9
Sonstiges Vermögen				
Fälle	Anzahl	33 391	47 890	43,4
Betrag	Mill. DM	14 352	20 180	40,6
Betrag je Fall	DM	429 805	421 377	- 2,0
Anteil am Rohvermögen	%	54,8	59,9	9,3
Rohvermögen	Mill. DM	26 185	33 694	28,7
Schulden und sonstige Abzüge	Mill. DM	3 383	3 949	16,7
Anteil am Rohvermögen	%	12,9	11,7	- 9,3
Gesamtvermögen insgesamt	Mill. DM	22 802	29 745	30,4
je Steuerpflichtigen	DM	673 855	617 263	- 8,4
Freibeträge	Mill. DM	4 312	5 928	37,5
Anteil am Gesamtvermögen	%	18,9	19,9	5,3
Steuerpflichtiges Vermögen	Mill. DM	18 473	23 793	28,8
Jahressteuerschuld	Mill. DM	92	119	29,3

1) Stand jeweils am 1. Januar. - 2) Ohne überschuldete Betriebe.

Sonstiges Vermögen überwiegt

Das sonstige Vermögen umfaßt insbesondere Bargeld, Bankguthaben, Spareinlagen, Aktien oder Anteilscheine, Kuxe, Geschäftsanteile, Gesellschaftsguthaben, den Kapitalwert von Nießbrauchrechten und von Rechten auf Renten, die noch nicht fälligen Ansprüche aus Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen, Erfindungen und Urheberrechte, Edelmetalle, Edelsteine,

Perlen, Münzen, Schmuck und Kunstgegenstände. Für einzelne Werte sind Freigrenzen fixiert; außerdem kann ein Freibetrag bis zu 10 000 DM in Anspruch genommen werden. Diese Ermäßigungen dürfen für jede steuerlich zu berücksichtigende Person des Haushalts in Ansatz gebracht werden.

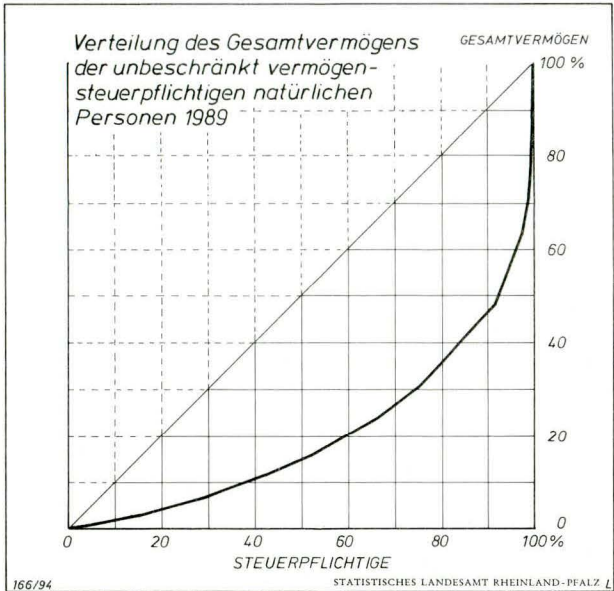
99,4 % der veranlagten Haushalte verfügten im Jahr 1989 über ein sonstiges Vermögen in Höhe von 20,2 Mrd. DM. Das machte einen Anteil von 60 % am Rohvermögen aus. Die Steigerung war bei der Fallzahl (+ 43 %) und beim Vermögen (+ 41 %) fast identisch. Somit blieb der Durchschnittswert von 421 000 DM je Steuerpflichtigen gegenüber 1986 nahezu unverändert. Bargeld, Sparguthaben, Anteile an Kapitalgesellschaften und festverzinsliche Wertpapiere bildeten mit einem Anteil von 81 % das zahlenmäßige Schwergewicht. Für 33 700 Haushalte überwog diese Vermögensart. Hier-von konnten 2 838 Fälle in die Gruppe der Vermögens-millionäre eingeordnet werden.

Zunahme in allen Vermögensklassen

Die Gliederung des Vermögens nach Größenklassen zeigt, daß die Zahl der Steuerpflichtigen und deren Gesamtvermögen in allen Vermögensgruppen gegen-über den Ergebnissen aus dem Jahr 1986 zugenom-men hat. Der stärkste Anstieg ist mit einem Zuwachs von jeweils 81 %, sowohl bei der Fallzahl als auch beim Ver-mögen, in der Klasse bis 100 000 DM zu beobachten. Es ist davon auszugehen, daß sich diese Entwicklung hauptsächlich durch die erstmalige Veranlagung klei-ner Vermögen ergab. Die Klasse der Vermögen von über 500 000 DM weist um 25 % erhöhte Ergebnisse aus.

Konzentration bei höheren Vermögen

Bei einem Vergleich der relativen Anteile von Steuer-pflichtigen und Gesamtvermögen in der Gliederung nach Vermögensgrößenklassen ist eine starke Konzen-tration bei den höheren Vermögen zu beobachten. In



den Gruppen bis 500 000 DM entspricht der jeweilige prozentuale Anteil des Vermögens nicht der zahlenmäßigen Repräsentanz der Steuerpflichtigen. Über diesem Schwellenwert ist das Verhältnis umgekehrt. Der Anteil der Steuerpflichtigen mit Vermögen über 5 Mill. DM lag bei 1 %. Sie konzentrierten aber einen Anteil von 29 % des Gesamtvermögens auf sich. In der Gruppe über 50 Mill. DM war die Konzentration noch ausgeprägter. 0,1 % der Fälle vereinigten 12 % der Besitztümer auf sich. Diese Ungleichverteilung und die starke Konzentration der Vermögenswerte in den hohen Vermögensgruppen läßt sich mit Hilfe der Lorenzkurve darstellen. Die prozentualen Anteile der Steuerpflichtigen und ihres jeweiligen Vermögens werden hier zueinander in Beziehung gesetzt. Bei einer Gleichverteilung, wenn z. B. auf 30 % der Fälle auch 30 % des Vermögens entfallen, geht die Konzentrationskurve in eine Gerade über, welche die beiden äußeren Punkte der Skala miteinander verbindet. Hier würde keine Konzentration vorliegen. Die Abweichung der tatsächlichen Kurve zu dieser sogenannten Gleichverteilungsgerade ist der Maßstab für die Konzentration. Je weiter die Lorenzkurve abweicht, desto höher ist der Konzentrationsgrad.

Zahl der Vermögensmillionäre um ein Fünftel gestiegen

Über ein Individualvermögen von einer Million DM und mehr konnten 4 222 der Veranlagten verfügen. Gegenüber dem Jahr 1986 ist das ein Plus von 22 %. Das Vermögen dieser Veranlagten weist eine Zuwachsrate von 25 % aus. Auf die Millionäre entfällt wertmäßig über die Hälfte des Gesamtvermögens. Durchschnittlich betragen die Großvermögen rund 3,7 Mill. DM. Nach Abzug der Freibeträge in Höhe von 665 Mill. DM verbleibt ein

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen und deren Gesamtvermögen am 1. Januar 1989 nach der Beteiligung am Erwerbsleben und Stellung im Beruf

Beteiligung am Erwerbsleben Stellung im Beruf	Steuerpflichtige		Gesamtvermögen	
	Anzahl	%	Mill. DM	%
Erwerbspersonen	22 496	46,7	19 104	64,2
Selbständige	13 941	28,9	14 774	49,7
Land- und Forstwirte	1 702	3,5	812	2,7
Gewerbetreibende	9 726	20,2	12 040	40,5
Freie Berufe und sonstige Selbständige	2 513	5,2	1 923	6,5
Arbeitnehmer und andere nicht selbständige Erwerbspersonen	8 555	17,8	4 330	14,6
Beamte	1 335	2,8	497	1,7
Angestellte	5 674	11,8	3 321	11,2
Arbeiter	1 064	2,2	242	0,8
Sonstige	482	1,0	270	0,9
Nichterwerbspersonen	25 693	53,3	10 641	35,8
Rentner, Pensionäre und dgl.	23 361	48,5	8 819	29,6
Sonstige Nichterwerbspersonen	2 332	4,8	1 822	6,1
Insgesamt	48 189	100	29 745	100

Unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen und deren Vermögen am 1. Januar 1989 nach Haushaltsgrößen

Haushaltsgröße (nach der Zahl der gemäß § 14 VStG zusammen veranlagten Personen)	Steuerpflichtige		Gesamtvermögen	
	Anzahl	%	Mill. DM	%
Alleinstehende	25 222	52,3	11 017	37,0
ohne Kinder	24 406	50,6	10 039	33,7
mit Kindern	816	1,7	978	3,3
Ehepaare	22 967	47,7	18 728	63,0
ohne Kinder	17 209	35,7	12 288	41,3
mit 1 Kind	3 298	6,8	3 012	10,1
mit 2 Kindern	1 935	4,0	2 458	8,3
mit 3 und mehr Kindern	525	1,1	971	3,3
Insgesamt	48 189	100	29 745	100

steuerpflichtiges Vermögen von 14,8 Mrd. DM, wofür eine Jahressteuerschuld von 74 Mill. DM festgesetzt wurde. Das sind knapp zwei Drittel der Steuer insgesamt.

Der größte Teil der Millionärsvermögen war sonstiges Vermögen (60 %); der Anteil des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens betrug 0,2 %.

Selbständige besitzen die Hälfte des Gesamtvermögens

Ergänzende Angaben in den Steuererklärungen ermöglichen Aussagen über die soziale Gliederung der Veranlagten. Es handelt sich um die Art der Beteiligung am Erwerbsleben. Hier erfolgt eine Aufteilung zwischen Erwerbs- und Nichterwerbspersonen, wobei die Ergebnisse für die erste Gruppe nach der Stellung im Beruf aufgegliedert sind.

47 % der Steuerpflichtigen waren erwerbstätig. Sie vereinigten knapp zwei Drittel des Gesamtvermögens auf sich. Das durchschnittliche Vermögen der Selbständigen (1 060 000 DM) war gut doppelt so hoch wie das der Arbeitnehmer (506 000 DM). Der Spitzenwert ist mit 1 238 000 DM bei den Gewerbetreibenden nachgewiesen. Jeder Fünfte konnte über ein Vermögen von 1 Mill. DM und mehr verfügen. Die Zahl der Veranlagungsfälle erhöhte sich hier gegenüber dem Jahre 1986 geringfügig (+ 5,8 %).

Bei den Arbeitern errechnet sich mit 227 000 DM der niedrigste Durchschnitt. Im Vergleich zum vorigen Erhebungszeitraum hat sich im Jahre 1989 in dieser Berufsgruppe die Zahl der Steuerpflichtigen und die Höhe des Vermögens verdreifacht. Die Entwicklung wich hier deutlich nach oben ab. Neun Zehntel der Nichterwerbspersonen waren Rentner und Pensionäre. Das Vermögen bezifferte sich hier auf durchschnittlich 378 000 DM.

Gliederung nach Haushaltsgrößen

Die stärkste Gruppe sind die Alleinstehenden ohne Kind (51 %). An zweiter Stelle sind Ehepaare ohne Kind

(36 %) einzuordnen. Veranlagungsgemeinschaften mit einem steuerlich zu berücksichtigenden Kind stellen 6,8 % der Veranlagungsfälle, gefolgt von denen mit zwei (4 %) und drei Kindern (1,1 %). Bei der Aufgliederung des Gesamtvermögens entfällt auf die Ehegatten ohne Kinder das zahlenmäßige Schwergewicht (41 %). Die Alleinstehenden ohne Kinder vereinigen ein Drittel des Volumens auf sich. Nach den Ehepaaren mit einem oder

zwei Kindern und den Alleinstehenden mit Kindern rangieren an letzter Stelle die Ehepaare mit 3 Kindern (3,3 %). Sie haben mit 1 849 000 DM aber das höchste durchschnittliche Vermögen. Jede dritte dieser Veranlagungsgemeinschaften gehört zur Gruppe der Vermögensmillionäre.

Jürgen Hauptmann

Landesinformationssystem

– Vier Jahre Online-Nutzung über externe Terminals –

Seit Juli 1990 können Interessenten das Landesinformationssystem (LIS) über eigene Terminals unmittelbar vor Ort nutzen. Mit der Einrichtung dieses dezentralen Zugriffs war beabsichtigt, die Datenvermittlung aus dem LIS zu beschleunigen und effizienter zu gestalten. Beschleunigung heißt, daß die Nutzer mit eigenem Terminal die benötigten Daten direkt abrufen können, so daß sie ihnen praktisch zeitgleich zur Verfügung stehen. Beschleunigung heißt auch, daß komplexere Aufträge zwar weiterhin zentral im Statistischen Landesamt bearbeitet werden können, daß die Ergebnisse jedoch ohne Zeitverlust direkt an Ausgabeeinheiten der Nutzer vermittelbar sind. Die erhöhte Effizienz ergibt sich auch aus der Tatsache, daß ein Benutzer, der selbst am Bildschirm tätig wird, nicht mehr gezwungen ist, eine Fragestellung zu formulieren und diese persönlich, telefonisch oder schriftlich an eine zentrale Datenvermittlungsstelle zu übermitteln, wo sie dann erfaßt und in LIS-Abfrage umgesetzt werden muß. Die Verlagerung eines Teils der Abruftätigkeit auf die Benutzer bedeutet die Freisetzung von Kapazitäten im Statistischen Landesamt, die dringend für die Bearbeitung komplexer Auswertungen, die an Zahl ständig zunehmen, aber auch für die Weiterentwicklung des Landesinformationssystems benötigt werden. Schließlich ist nicht zu unterschätzen, daß benutzerseitig durch den direkten Umgang mit dem LIS der Einblick in die Informationsmöglichkeiten dieses Systems wächst und so eine bessere Ausschöpfung des Datenangebotes erfolgt.

165 Online-Anschlüsse

In den zurückliegenden vier Jahren ist die Zahl der Online-Anschlüsse von 77 auf 165 gestiegen. Davon sind 99 außerhalb des Statistischen Landesamtes bei Landtag, Staatskanzlei und Ministerien sowie bei zwei Bezirksregierungen, drei kreisfreien Städten, fünf Landkreisen und zwei Verbandsgemeinden installiert und über das landesweite Datennetz mit der Datenbank in Bad Ems verbunden. 66 Anschlüsse gibt es im statistischen Bereich, davon 10 beim Statistischen Bundesamt, 49 in den Fachabteilungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems und 7 in den beiden zentralen Informationsstellen in Mainz und Bad Ems.

Online-Nutzung konstant

Die Online-Nutzung geschieht über sogenannte Datenbankabfrage, durch die jeweils ein Auswertungs-

programm aktiviert wird, das den Rechner veranlaßt, die benötigten Daten zur Verfügung zu stellen. Die in einem Zeitraum durch LIS-Nutzer getätigten Abrufe stellen ein Maß für die Online-Nutzung dar, das besagt, wie oft das LIS-Angebot in Anspruch genommen wurde. Die Zahl der Online-Abfrage liegt in allen Jahren um die 70 000. Dabei hat sich der Anteil der Externen von 1991 bis 1993 mehr als verdoppelt. Relativ konstant ist der Anteil der Informationsstellen. Dementsprechend ist der Anteil der Fachabteilungen von 1991 bis 1993 zurückgegangen. Die Zahlen für 1994 lassen eine deutliche Steigerung erwarten. Hier greifen die umfangreichen Datenaufnahmen (Umsatzsteuerstatistik, Monatsbericht im verarbeitenden Gewerbe) zur Rationalisierung des Auskunftsdienstes, die in den Fachabteilungen zu vermehrten Abrufen führen.

Ein weiteres Maß für die Nutzung des LIS ist die Zahl der Zugriffe. Sie gibt an, wie viele der gespeicherten Daten im Verlauf eines Jahres aus der Datenbank abgefragt wurden. Nach knapp 30 Millionen Zugriffen im Jahre 1991 hat sich diese Zahl nun bei 20 Millionen eingependelt. Der Rückgang läßt sich durch die Sättigung der Nachfrage nach Daten der Volks-, Arbeitsstätten- sowie Gebäude- und Wohnungszählung 1987 erklären, deren Ergebnisse in den ersten Jahren nach ihrer Aufbereitung weit mehr gefragt waren. Insbesondere hat sich die Nachfrage nach Pendlerdaten inzwischen halbiert. Gliedert man die Online-Zugriffe nach Terminalgruppen auf, erscheinen die Fachabteilungen des Statistischen Landesamtes 1993 mit 8,4 Millionen Zugriffen (46,2 %) als stärkste Gruppe. Der Anteil der zentralen Informationsstellen liegt bei 43,4 %; von externen Terminals wurde jeder zehnte Zugriff ausgeführt.

Während der Online-Datenausstoß wenig Änderung zeigt, weist die Zahl der Datenbankzugriffe zur Ausgabe in Dateien zur zentralen Weiterverarbeitung in Spezialprogrammen (z. B. Erstellen von Grafiken, zentrale Bearbeitung von komplexen Fragestellungen) sowie die Ausgabe auf Disketten und Magnetbänder zur weiteren Verwendung auf Computern der Benutzer stark steigende Tendenz auf. 1994 kann aufgrund der vorliegenden Zahlen mit 30 Millionen Zugriffen gerechnet werden, was gegenüber 1991 einer Verdoppelung entspricht.

Standardtabellen weiterhin vorn

Den Terminalanwendern stehen sieben Abrufprogramme für frei gestaltbare Tabellen, für Pendlerstrom-

tabellen und Standardtabellen zur Verfügung. Letztere enthalten in sachlich fixiertem Rahmen thematisch zusammengehörende Merkmale aus dem LIS, die mit sehr geringem Eingabeaufwand für beliebige Jahre und/oder beliebige Gebiete abgerufen werden können. Inzwischen umfaßt dieses Abrufangebot mehr als 700 Tabellen. Zu den neu in Standardtabellen aufgenommenen Daten gehören auch die Ergebnisse der regionalen Bevölkerungsprognose. Über die verfügbaren Tabellen gibt ein Standardtabellenverzeichnis Auskunft, das an jedem Terminal vorhanden ist, aber auch von jedermann angefordert werden kann. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Tabellen eigentlich nur Tabellenrahmen sind, die mit Daten aus dem LIS für beliebige Jahre und/oder Gebiete gefüllt werden können, so verbergen sich hinter der Zahl von 700 Tabellen sechs Millionen Varianten. Mit einem Anteil von inzwischen mehr als 40 % wird diese Abrufart auch am stärksten genutzt.

Datenbestand in vier Jahren fast verdoppelt

In den vergangenen vier Jahren ist der Bestand an LIS-Merkmalen von 70 000 auf knapp 140 000 gestiegen. Als Merkmal im datenbanktechnischen Sinn ist ein sachlich umrissener Tatbestand (z. B. die männliche Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 21 Jahren) für einen bestimmten Zeitraum oder Zeitpunkt (z. B. am 31. 12. 1993) zu verstehen. Diese Merkmale sind für alle in der Datenbank gespeicherten regionalen Einheiten abrufbar. Legt man die Zahl der Gemeinden in Rheinland-Pfalz zugrunde, verbergen sich hinter jedem LIS-Merkmal 2 300 regionale Informationen. Das ergibt mehr als 300 Millionen Informationen im LIS.

Den Merkmalszuwachs bewirkten zum einen die Ergebnisse der jüngsten Großzählungen und zum anderen die laufende Fortschreibung von bereits gespeicherten Tatbeständen. Darüber hinaus ist ein wesentlicher Teil des Datenzuwachses auf LIS-Geheimhaltungsprogramme zurückzuführen. Diese erlauben einen weitgehend automatisierten Datenschutz, so daß die sonst notwendige zeit- und personalaufwendige manuelle Geheimhaltungsprüfung entfällt. Es ergibt sich ein Rationalisierungseffekt, der allgemein für die Veröffentlichung statistischer Daten genutzt werden kann, wenn man die erforderlichen Basisdaten in die LIS-Datenbanken einlagert.

Als Vorstufe der geplanten Wanderungsdatei wurden bereits die Wanderungsströme mit 135 Merkmalen für die Jahre ab 1987 in eine Spezialdatei aufgenommen. Es sind dies die Zuzüge, die Fortzüge und der Wanderungssaldo nach Staatsangehörigkeit (Deutsche, Ausländer), Geschlecht und vier Altersgruppen (unter 25, 25 bis unter 45, 45 bis unter 60, 60 Jahre und älter). Die rheinland-pfälzischen Wanderungsströme sind auf Gemeindeebene, die Ströme des übrigen Bundesgebietes auf Kreisebene und die Wanderungsströme ausgewählter Staaten und Staatengruppen auf Länderebene verfügbar. Aus dieser Datei, die inzwischen mehr als 15 Millionen Daten enthält, werden bei Bedarf Auswertungen im Statistischen Landesamt vorgenommen.

Seit Anfang 1993 hat das LIS einen Anschluß an STATIS-BUND, das Datenbanksystem des Statistischen Bundesamtes, mit dem es nun möglich ist, die für die Konjunkturbeobachtung wichtigen Vergleichszahlen des Bundes schneller in das LIS zu übernehmen und in den Strukturabrufen zu verarbeiten sowie zur Beantwortung von Anfragen direkt in Wiesbaden abzurufen.

LIS Kennzahlen 1991 bis 1994

Merkmal	1991	1992	1993	1994 ¹⁾
Angeschlossen Terminals				
Externe Anwender	40	93	104	109
Fachabteilungen im StaLA	32	38	47	49
Informationsstellen	5	7	7	7
Insgesamt	77	138	158	165
Datenbank-Abrufe (Anzahl)				
Externe Anwender	5 516	6 440	11 822	10 000
Fachabteilungen im StaLA	41 893	36 049	28 064	39 000
Informationsstellen	24 102	22 534	26 065	27 000
Insgesamt	71 511	65 023	65 951	76 000
dar. Abrufe von Standard-Tabellen	27 010	20 875	24 967	31 000
Anteile in % aller Abrufe	37,8	32,1	37,9	40,8
Datenbank-Zugriffe (Millionen)				
Externe Anwender	1,2	1,9	1,8	1,3
Fachabteilungen im StaLA	18,6	10,2	8,4	13,1
Informationsstellen	10,0	9,6	7,9	7,0
Insgesamt	29,8	21,7	18,2	21,4
dar. Pendlerdaten	7,2	5,4	3,9	2,9
Batch-Zugriffe	15,0	16,5	22,0	30,0

1) Hochrechnung anhand der bis August vorliegenden Zahlen.

Ausblick

Wie die Zahlen über die Inanspruchnahme des LIS zeigen, werden – trotz Öffnung des LIS für den unmittelbaren Zugriff durch die Nutzer – neun von zehn Daten unter Einschaltung der Statistiker in Bad Ems oder der Informationsstelle Mainz abgerufen. Dies aus zwei Gründen: Zum einen ist Statistik eine nicht ganz einfache Materie, bei der auch die Beratung gefragt ist, die man bei den Statistikern selbst einholt. Zum anderen ist das Abrufverfahren selbst noch verbesserungsfähig im Blick auf nutzerfreundlichere Gestaltung.

Deshalb waren Verbesserungen beim Datenabruf, wie das Einblenden von Definitionen, Merkmalkataloganzeige am Bildschirm und weitere Schlagworteinstiege, die das Auffinden der gewünschten Informationen beschleunigen können, bereits geplant. Ihre Realisierung ist aber im Moment zurückgestellt, da zur Zeit

unter dem Namen GENESIS (GEmeinsames NEues Statistisches InformationsSystem) die bundesweite Entwicklung eines Informationssystems im Gange ist, das diese geplanten Verbesserungen enthalten soll. Hieran will das Statistische Landesamt mitarbeiten, um nach Fertigstellung dieses Konzept zu übernehmen.

Als weiterer Zweig der Informationsbereitstellung soll in Zukunft die Ad-hoc-Auswertung von Einzelmateriale verstärkt werden. Es hat sich gezeigt, daß es trotz immer leistungsfähigerer Datenspeicher nicht sinnvoll ist, alle denkbaren Kombinationen von Merkmalen in die Gemeindedatenbank einzulagern. Vielmehr soll das auf Datenträgern vorhandene Datenmaterial in einer zentralen Datei (Datenpool) dokumentiert werden, um es bei Bedarf mit Standardprogrammen für Ad-hoc-Auswertungen bereitstellen zu können.

Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Dietrich

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 852	3 904	3 908	3 912	3 917
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 052	2 001	3 009	2 903	2 422	2 664 ^p	2 576 ^p	2 975 ^p	2 459 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,1	9,1	8,7	7,5	8,2 ^p	7,7 ^p	8,9 ^p	7,6 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 560	3 524	3 732	3 847	3 697	3 566 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	10,8	11,2	11,6	11,5	11,0 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 553	3 656	3 389	3 300	3 296	3 524 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,0	11,2	10,2	9,9	10,2	10,9 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	22	22	17	22	14 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,6	6,1	5,9	4,5	6,1	4,1 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	7	- 132	343	547	401	42 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,0	- 0,4	1,0	1,6	1,2	0,1 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 290	11 299	12 283	10 609	12 720
* Fortgezogene	Anzahl	7 320	7 426	8 024	7 846	8 114
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 970	3 873	4 259	2 763	4 606
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	12 173	12 664	12 766	11 968	12 906
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	88 985	117 703	121 617	120 624	118 764	128 500	135 185	129 493	125 334
* Männer	Anzahl	47 150	65 894	66 921	66 345	65 525	71 947	75 453	72 048	69 805
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 761	5 936	.	.	5 512	5 891	.	.	5 567
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	29 993	41 224	.	.	41 681	44 692	.	.	42 012
Arbeitslosenquote	%	5,7	7,5	7,7	7,6	7,5	8,1	8,5	8,2	7,9
Offene Stellen	Anzahl	20 320	19 617	26 612	26 559	22 077	21 823	24 567	25 821	22 802
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 409	1 533	.	.	1 467	859	.	.	920
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	4 528	.	.	4 546	3 940	.	.	4 211
Kurzarbeiter	Anzahl	13 123	35 286	21 350	13 917	24 436	16 216	3 791	4 573	5 921
Männer	Anzahl	9 875	28 635	16 970	11 313	19 882	12 919	2 684	3 181	4 056
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾	t	14 269	13 805	12 873	12 878	13 577	11 786	10 512	12 816 ^r	12 953
* Rinder	t	4 755	4 111	3 748	3 466	4 027	3 173	2 691	3 945 ^r	3 939
* Kälber	t	33	29	18	21	29	19	14	21 ^r	24
* Schweine	t	9 354	9 550	9 013	9 307	9 418	8 502	7 730	9 208 ^r	8 891
Milch										
* Milcherzeugung	1000 t	65	65	68	68	62	68	66	66	63
* an Molkereien geliefert	%	95,0	95,3	95,8	95,4	95,1	96,3	96,2	95,5	95,2
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 678	2 594	2 586	2 582	2 586	2 484	2 479	2 480	2 478
* Beschäftigte	1000	385	357	355	355	354	334	334	336	336
* Arbeiter ⁸⁾	1000	258	235	234	234	233	219	219	220	220
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	33 985	30 320	29 549	28 115	30 785	29 507	26 086	29 469	30 166
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 785	1 706	1 625	1 631	1 647	1 715	1 592	1 601	1 589
* Löhne	Mill. DM	997	932	895	912	913	922	887	902	878
* Gehälter	Mill. DM	788	774	730	719	734	793	705	699	711
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 877	8 270	8 029	7 649	8 688	8 925	7 948	8 400	8 930
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 978	2 807	2 677	2 459	2 896	3 226	2 769	2 980	3 251
* Exportquote ⁹⁾	%	33,6	33,9	33,3	32,1	33,3	36,1	34,8	35,5	36,4

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlungsspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
* Kohleverbrauch ^{1) 3)}	1 000 t SKE	271	260	.	.	219	256	.	.	215
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{2) 3)}	Mill. m ³	807	697	.	.	660	761	.	.	691
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	126	105	.	.	79	93	.	.	87
davon										
* leichtes Heizöl	1 000 t	50	47	.	.	30	34	.	.	30
* schweres Heizöl	1 000 t	76	58	.	.	48	59	.	.	57
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 125	1 070	1 070	1 036	1 035	1 143	1 124	1 166	1 179
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	230	234	194	189	233	204	206	203	223
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	108	103	99	112	120	107	116	119
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	116	110	111	108	109	118	115	121	122
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	124	120	136	126	137	139	103	140	144
Chemische Industrie	1985 = 100	118	114	113	111	110	120	120	123	123
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	104	97	81	79	106	117	92	102	103
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	100	104	65	79	115	173	131	148	127
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	86	69	63	57	71	65	50	54	65
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	111	107	104	121	118	98	114	127
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	54	50	37	52	56	35	30	48	56
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	157	153	154	143	150	160	154	174	170
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	384	425	362	337	384	424	359	350	...
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 874	3 114	2 560	2 731	3 122	2 926	3 043	3 250	...
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 231	1 459	1 053	1 249	1 641	1 395	1 459	1 556	...
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	2 004	2 054	1 847	1 797	1 842	1 932	1 918	2 020	...
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	457	479	338	295	356	367	309	289	...
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	87	86	.	.	86	81
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	195	187	.	.	188	188
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 356	60 475	60 913	61 743	60 908	58 919 ^p	58 159 ^p	59 149 ^p	59 234 ^p
Facharbeiter	Anzahl	30 284	29 310	28 828	28 961	28 613	34 123 ^p	28 534 ^p	28 391 ^p	28 521 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 490	16 207	17 397	17 399	16 885	10 427 ^p	15 227 ^p	15 580 ^p	15 288 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 803	6 613	7 075	6 822	7 510	7 093 ^p	5 720 ^p	7 444 ^p	7 358 ^p
Privater Bau	1 000	4 497	4 454	4 715	4 621	5 005	4 796 ^p	4 056 ^p	5 032 ^p	5 033 ^p
* Wohnungsbau	1 000	2 653	2 666	2 754	2 740	3 028	2 988 ^p	2 453 ^p	3 185 ^p	3 188 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	17	41	35	31	19	34 ^p	37 ^p	43 ^p	23 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 827	1 747	1 926	1 850	1 958	1 774 ^p	1 566 ^p	1 804 ^p	1 822 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 305	2 158	2 360	2 201	2 505	2 297 ^p	1 664 ^p	2 412 ^p	2 325 ^p
Hochbau	1 000	433	413	470	418	475	409 ^p	299 ^p	421 ^p	387 ^p
Tiefbau	1 000	1 872	1 746	1 890	1 783	2 030	1 888 ^p	1 365 ^p	1 991 ^p	1 938 ^p
Straßenbau	1 000	981	939	1 068	981	1 087	1 021 ^p	767 ^p	1 065 ^p	1 052 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	242	245	253	254	247	248 ^p	245 ^p	256 ^p	247 ^p
* Löhne	Mill. DM	194	194	203	205	199	194 ^p	193 ^p	207 ^p	197 ^p
* Gehälter	Mill. DM	48	51	50	49	48	54 ^p	52 ^p	50 ^p	49 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	809	789	835	757	870	933 ^p	812 ^p	846 ^p	889 ^p

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlensbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	949	1 056	1 205	1 102	1 091	1 609	1 465	1 370	1 166
* mit 1 Wohnung	Anzahl	607	639	713	675	652	900	802	748	667
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	203	221	254	230	218	405	366	319	264
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	195	238	197	221	304	297	303	235
* Umbauter Raum	1 000 m ³	1 160	1 326	1 611	1 276	1 304	2 014	1 764	1 835	1 600
* Wohnfläche	1 000 m ²	203	235	283	227	234	361	327	333	283
Wohnräume	Anzahl	9 327	10 849	13 150	10 490	10 808	16 529	14 907	15 362	12 942
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	437	533	649	504	521	841	742	762	670
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	2	4	3	4	2	2	4
Unternehmen	Anzahl	128	128	118	122	136	157	152	146	146
Private Haushalte	Anzahl	816	925	1 085	976	952	1 448	1 311	1 222	1 016
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	172	153	168	154	167	181	182	171	178
* Umbauter Raum	1 000 m ³	987	800	786	598	757	775	816	634	767
* Nutzfläche	1 000 m ²	154	125	125	105	115	137	148	106	127
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	216	194	176	158	143	154	267	135	168
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	26	23	22	34	13	18	29	23
Unternehmen	Anzahl	138	120	133	128	127	158	150	134	146
Private Haushalte	Anzahl	8	7	12	4	6	10	14	8	9
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 439	2 871	3 428	2 737	2 724	4 236	3 729	3 965	3 492
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 952	2 439	2 444	2 195	2 310
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 646	1 226	1 267	1 051	1 126
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	250	184	178	189	176
Dänemark	Mill. DM	50	39	29	40	34
Frankreich	Mill. DM	418	324	324	247	299
Griechenland	Mill. DM	31	20	17	15	19
Großbritannien	Mill. DM	270	221	262	233	175
Irland	Mill. DM	12	9	8	7	8
Italien	Mill. DM	257	175	177	109	204
Niederlande	Mill. DM	217	159	159	143	126
Spanien	Mill. DM	114	78	90	57	73
Portugal	Mill. DM	26	17	23	12	13
USA und Kanada	Mill. DM	196	186	182	192	174
Japan	Mill. DM	63	55	56	57	54
Entwicklungsländer	Mill. DM	394
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	104
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 262	1 904	2 048	1 716	2 000
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 289	955	1 072	808	1 038
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	290	156	189	158	189
Dänemark	Mill. DM	46	32	25	42	32
Frankreich	Mill. DM	300	252	241	218	281
Griechenland	Mill. DM	7	5	12	4	4
Großbritannien	Mill. DM	108	87	99	83	106
Irland	Mill. DM	12	10	9	9	10
Italien	Mill. DM	190	158	194	104	156
Niederlande	Mill. DM	213	154	196	135	179
Spanien	Mill. DM	103	79	90	42	62
Portugal	Mill. DM	21	21	17	13	19
USA und Kanada	Mill. DM	175	170	142	130	149
Japan	Mill. DM	120	109	92	92	112
Entwicklungsländer	Mill. DM	286
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	64

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	99,7	99,1	97,9	99,5	99,3	98,6	98,3	98,6	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	127,0	124,2	126,6	114,8	122,9	124,6	121,1	121,8	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	111,3	109,6	109,4	110,5	109,8	108,7	109,0	110,4	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	128,8	122,8	124,9	118,3	131,8	132,7	119,5	129,9	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	93,0	91,6	95,7	96,7	97,7	95,1	94,6	96,0	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,9	94,8	98,8	99,6	100,7	100,3	101,5	102,7	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	115,5	115,7	126,0	132,6	136,1	123,5	120,9	131,8	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	122,4	119,0	130,0	145,0	156,4	132,5	123,3	143,4	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	110,7	112,9	123,4	124,2	121,5	116,4	119,0	117,5	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	525	498	679	620	683	558 ^r	565	674	...
* Ausländer	1 000	115	106	200	172	138	119 ^r	169	173	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 828	1 736	2 437	2 430	2 396	1 928 ^r	2 262	2 537	...
* Ausländer	1 000	378	344	684	648	439	370 ^r	611	649	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 428	1 317	1 398	1 399	1 319
* Güterversand	1 000 t	956	890	948	865	895
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 852	13 351	14 099	10 119	12 194	15 822	13 192	10 503	11 953
Krafträder	Anzahl	803	936	1 204	845	475	1 333	1 192	924	461
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 963	11 502	11 983	8 501	10 821	13 322	11 076	8 831	10 593
* Lastkraftwagen	Anzahl	760	618	613	538	631	826	637	552	624
Zugmaschinen	Anzahl	159	138	139	136	93	192	142	106	149
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 812	9 582	9 913	8 393	10 143	9 068	8 537	9 378	9 418 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 530	1 509	1 795	1 691	1 635	1 741	1 627	1 702	1 567 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 282	8 073	8 118	6 702	8 508	7 327	6 910	7 676	7 851 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 065	2 046	2 378	2 240	2 212	2 307	2 178	2 309	2 119 ^p
* Getötete	Anzahl	39	40	46	52	36	60	46	30	34 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	22	25	31	20	24	32	27	16	18 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	5	6	20	3	17	10	4	9 ^p
Radfahrer	Anzahl	3	3	4	5	3	3	4	5	1 ^p
Fußgänger	Anzahl	4	6	2	3	5	4	3	3	5 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	541	533	654	612	604	613	601	599	515 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	315	311	351	298	358	288	328	298	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	93	90	150	161	113	167	148	147	...
Radfahrer	Anzahl	58	56	97	91	58	81	77	78	...
Fußgänger	Anzahl	57	57	38	45	55	54	30	43	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	67	83	91	91	85	68	79	106	76
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	57 183	49 827	43 633	43 633	37 927	58 530	48 774	83 515	49 149
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl
* Wechselsumme	1 000 DM

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	104 522	112 376	.	.	109 498	116 031
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	102 700	110 428	.	.	107 638	113 977
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 181	20 046	.	.	20 042	21 178
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 583	19 205	.	.	19 653	20 190
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	598	841	.	.	389	988
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 288	10 247	.	.	10 368	9 464
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 686	8 745	.	.	8 691	8 333
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 602	1 502	.	.	1 677	1 131
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 231	80 135	.	.	77 228	83 335
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	63 181	71 424	.	.	69 128	74 755
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 050	8 711	.	.	8 046	8 580
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	100 201	104 081	.	.	101 890	104 570
* Sichteinlagen	Mill. DM	17 005	18 567	.	.	16 093	17 758
* Termineinlagen	Mill. DM	43 765	42 122	.	.	45 584	41 975
* Spareinlagen	Mill. DM	39 431	43 392	.	.	40 213	44 837
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 970	3 324	2 794	3 388	3 544	3 430	2 781	3 449	3 460
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 357	1 365	887	1 514	1 628	1 587	841	1 464	1 523
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 024	1 053	877	1 358	778	830	886	1 392	800
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	181	187	- 6	526	-	-	- 6	541	-
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	152	123	- 88	- 44	491	389	- 98	- 77	398
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	81	38	22	37	64	54	43
* Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	-	32	23	100	16	14	15	80	14
* Zinsabschlagsteuererlegung	Mill. DM	-	15	-	81	-	-	-	65	-
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	138	114	- 5	61	322	316	- 27	14	267
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	22	1	-	39	-	-	-	20	-
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	613	1 960	1 906	1 874	1 916	1 843	1 940	1 985	1 936
* Umsatzsteuer	Mill. DM	445	658	675	638	635	637	682	654	614
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	168	1 302	1 231	1 236	1 280	1 206	1 258	1 332	1 322
* Zölle	Mill. DM	11	215	225	237	239	199	202	227	207
* Bundessteuern	Mill. DM	150	504	534	462	406	554	440	481	481
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	0	0	0	1	1	0	0	0	0
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	102	498	530	454	402	544	430	471	471
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	44	2	1	2	0	6	5	5	5
* Landessteuern	Mill. DM	118	123	97	146	98	94	94	170	107
* Vermögensteuer	Mill. DM	24	27	3	62	3	2	2	62	1
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	59	61	67	52	57	65	64	58	56
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	3	7	12	1	9	9	9

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einfuhren aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	690	674	-	-	651	698	-	-	...
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	-	10	9	-	-	...
* Grundsteuer B	Mill. DM	116	124	-	-	144	146	-	-	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	492	463	-	-	425	454	-	-	...
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	58	62	-	-	57	65	-	-	...
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 149	2 345	2 204	2 274	2 340	2 453	2 173	2 475	2 364
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	588	594	383	652	718	701	415	664	671
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	398	1 241	1 268	1 160	1 215	1 198	1 294	1 330	1 212
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	974	1 002	758	1 018	1 118	1 062	733	1 034	1 054
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	582	585	371	635	711	691	333	607	659
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	258	284	262	238	309	277	260	256	289
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 148	1 158	-	-	1 078	1 187	-	-	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	406	413	-	-	378	390	-	-	...
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	543	534	-	-	473	553	-	-	...
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	115,1	119,9	120,2	120,2	120,3	123,6	123,7	123,8	123,9
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	114,8	114,3	114,0	117,1	116,9	116,6	116,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1991 = 100	105,7	110,5	-	111,1	-	-	-	113,3	-
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	22,43	23,60	23,70	-	-	-	24,54	-	-
Männliche Arbeiter	DM	23,36	24,51	24,59	-	-	-	25,40	-	-
Facharbeiter	DM	24,74	25,91	25,95	-	-	-	26,95	-	-
Angelernte Arbeiter	DM	22,44	23,56	23,75	-	-	-	24,43	-	-
Hilfsarbeiter	DM	20,06	20,83	20,88	-	-	-	21,43	-	-
Weibliche Arbeiter	DM	16,87	17,78	17,90	-	-	-	18,50	-	-
Hilfsarbeiter	DM	16,53	17,42	17,55	-	-	-	18,02	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,4	38,4	38,7	-	-	-	37,7	-	-
Männliche Arbeiter	Std.	39,7	38,6	39,0	-	-	-	39,5	-	-
Weibliche Arbeiter	Std.	37,9	36,8	37,1	-	-	-	37,7	-	-
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 461	5 631	5 639	-	-	-	5 775	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 910	5 082	5 086	-	-	-	5 208	-	-
männlich	DM	5 860	6 036	6 040	-	-	-	6 142	-	-
weiblich	DM	3 905	4 067	4 069	-	-	-	4 176	-	-
Technische Angestellte	DM	5 907	6 069	6 081	-	-	-	6 226	-	-
männlich	DM	6 045	6 203	6 215	-	-	-	6 369	-	-
weiblich	DM	4 429	4 613	4 636	-	-	-	4 697	-	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 848	4 033	4 036	-	-	-	4 216	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	3 834	4 018	4 022	-	-	-	4 202	-	-
männlich	DM	4 591	4 839	4 857	-	-	-	4 995	-	-
weiblich	DM	3 198	3 346	3 345	-	-	-	3 531	-	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	64 865	65 532	65 539	65 584	65 622
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	37 786 ^{p3)}	36 772 ^{p3)}	48 491 ^{p3)}	49 535 ^{p3)}	50 089 ^{p3)}	59 154 ^{p3)}	48 951 ^{p3)}	45 600 ^{p3)}	49 834 ^{p3)}
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	67 426 ^{p3)}	66 246 ^{p3)}	69 662 ^{p3)}	70 595 ^{p3)}	71 679 ^{p3)}	65 581 ^{p3)}	66 207 ^{p3)}	65 349 ^{p3)}	70 027 ^{p3)}
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 787 ^{p3)}	74 240 ^{p3)}	71 360 ^{p3)}	68 253 ^{p3)}	68 762 ^{p3)}	71 260 ^{p3)}	70 996 ^{p3)}	71 647 ^{p3)}	75 831 ^{p3)}
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 361 ^{p3)}	- 7 994 ^{p3)}	- 1 698 ^{p3)}	2 342 ^{p3)}	2 917 ^{p3)}	- 5 679 ^{p3)}	- 4 789 ^{p3)}	- 6 298 ^{p3)}	- 5 804 ^{p3)}
Arbeitslose	1 000	1 808	2 270	2 166	2 326	2 315	2 506	2 478	2 570	2 531
Männer	1 000	983	1 277	1 204	1 289	1 282	1 432	1 406	1 452	1 422
Arbeitslosenquote	%	6,6	8,2	7,8	8,4	8,4	9,0	8,9	9,3	9,1
Offene Stellen	1 000	324	243	273	263	251	244	246	247	247
Kurzarbeiter	1 000	283	767	897	525	398	326	267	154	121
Männer	1 000	213	615	720	418	315	257	205	113	92
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 333	6 805	6 822	6 782	6 768	6 368	6 365	6 360	6 377
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	637	565	573	533	528	531	549	502	507
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	162 969	151 832	158 554	143 999	141 260	151 931	163 606	146 853	146 412
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 616	40 783	42 960	37 868	36 262	42 862	47 724	40 733	39 266
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	119	111	115	103	101	112	121	107	106
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	113	110	116	110	108	119	123	115	115
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	122	108	115	98	95	109	122	104	98
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	120	113	117	104	104	109	116	101	105
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	128	126	129	124	124	124	132	123	133
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	33 247	32 609	29 353	28 325	27 690	30 569	29 975
Gaserzeugung	Mill. m³	2 764	2 641	2 306 ^r	2 360	2 297	2 518
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 076	1 080	1 093	1 095	1 105	1 062 ^p	1 067 ^p	1 069 ^p	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	115	111	129	118	117	120 ^p	129 ^p	114 ^p	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	14 650	14 390	15 925	15 813 ^r	15 115	14 822 ^p	16 774 ^p	16 203 ^p	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 159	14 657	17 482	16 448	16 314	18 366	18 946	18 671	18 505
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 842	11 844	14 247	13 365	13 314	15 171	15 419	15 068	14 874
Wohnfläche	1 000 m²	2 909	3 315	3 859	3 684	3 647	3 933	4 196	4 167	4 232
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 826	2 678	2 881	3 031	2 864	2 722	2 992	3 036	3 088
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	38 234	43 674	49 831	48 175	47 170	48 054	53 454	52 134	54 578
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	137,5	134,7 ^r	130,2 ^r	135,8	123,3	132,8 ^r	131,6	128,6	125,1 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124,0	124,8 ^r	133,2	133,7	133,7	136,1	132,0	131,2 ^p	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	55 933	50 331	51 082	46 826	45 615	57 789	60 684	52 495	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 391	24 066	23 836	21 350	20 750	27 183	29 238	25 685	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 132	3 316	2 643	2 428	2 900	3 703	4 013	3 128	...
Frankreich	Mill. DM	7 250	5 880	6 311	5 387	5 104	6 509	6 612	6 224	...
Großbritannien	Mill. DM	4 329	3 884	4 098	3 889	3 743	4 358	5 004	4 653	...
Italien	Mill. DM	5 200	3 647	3 646	3 160	2 714	4 391	4 811	4 024	...
Niederlande	Mill. DM	4 646	3 700	2 589	3 249	3 333	4 020	4 477	3 942	...
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 129	45 404	44 314	43 290	41 465	50 737	50 778	48 513	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 639	20 999	20 217	18 979	17 629	23 963	24 079	22 243	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 735	2 592	2 697	2 264	2 261	3 138	3 024	2 856	...
Frankreich	Mill. DM	6 369	5 086	5 083	4 044	3 772	5 390	5 869	4 773	...
Großbritannien	Mill. DM	3 631	2 764	2 606	2 617	2 379	3 087	3 275	2 907	...
Italien	Mill. DM	4 872	3 682	3 581	3 910	2 971	4 488	4 322	4 532	...
Niederlande	Mill. DM	5 097	3 790	3 271	3 322	3 535	4 176	4 016	3 795	...
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 418	3 758	3 535	3 571	3 583	3 854	3 887	3 914	3 929 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 674	2 920	2 760	2 774	2 781	2 990	3 019	3 039	3 056 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	744	838	776	798	802	864	868	875	874 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 261	2 511 ^r	2 310	2 313	2 330	2 524	2 522	2 518	2 526 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	771	859	786	787	792	884	884	889	894 ^p
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	44 662	46 856	58 350	40 325	40 273	40 198	55 463	42 727	40 719
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	27 609	28 482	40 694	22 309	21 526	19 196	38 036	22 612	20 139
Lohnsteuer	Mill. DM	20 610	21 499	20 734	22 488	20 984	19 920	21 204	22 898	21 514
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	2 769	9 549	- 1 710	- 1 115	- 2 295	8 348	- 2 005	- 1 823
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	16 476	18 025	17 653	17 293	18 525	20 698	17 424	18 986	20 140
Umsatzsteuer	Mill. DM	9 773	14 541	14 345	14 154	15 330	17 364	14 200	15 623	16 573
Zölle	Mill. DM	645	603	566	602	635	597	558	564	598
Bundessteuern	Mill. DM	8 758	7 813	7 580	7 247	8 350	9 059	8 258	8 850	9 282
Versicherungsteuer	Mill. DM	675	774	516	478	1 102	787	618	561	1 353
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 972	7 020	7 048	6 733	7 191	8 114	7 469	7 926	7 785
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	100,8	99,6	100,6	99,9	99,1	102,0	102,1	101,0	100,4 ^p
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	91,9	84,7	86,6	85,1	83,1	87,5	86,7	84,2	85,7 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1991 = 100	101,4	101,6	101,7	101,8	101,7	102,1	102,1	102,1	102,3
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1991 = 100	105,5	110,1	-	-	110,7	112,3	-	-	112,8
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1991 = 100	105,7	110,5	-	-	111,1	112,7	-	-	113,3
Preisindex für den Straßenbau	1991 = 100	105,1	107,7	-	-	107,8	107,8	-	-	108,1
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	115,1	119,9	120,0	120,2	120,2	123,4	123,6	123,7	123,8
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	115,1	114,8	114,3	116,8	117,1	116,9	116,6
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	113,3	116,4	116,4	116,5	116,6	117,9	117,9	117,9	118,0
Wohnungsmieten	1985 = 100	123,8	131,1	130,9	131,4	131,9	136,6	137,1	137,4	137,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,8	91,0	90,7	90,9	90,9	91,5	91,3	91,1	91,2
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	114,4	118,0	118,1	118,3	118,5	120,3	120,3	120,5	120,5
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	117,9	122,4	122,5	122,6	122,8	126,4	126,7	126,8	126,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	117,1	121,7	122,1	122,3	122,2	125,5	125,6	125,6	126,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	112,7	115,9	115,6	115,7	115,9	118,0	117,8	117,7	117,9
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	124,3	135,2	135,2	136,0	136,1	142,6	143,3	143,7	143,7

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung 1)

Steuerart	Januar - Oktober		Ver- ände- rung
	1993	1994	
	Mill. DM		%
Landessteuern	1 230,9	1 192,3	- 3,1
Vermögensteuer	255,8	205,4	- 19,7
Erbschaftsteuer	106,9	113,5	6,2
Kraftfahrzeugsteuer	634,8	629,6	- 0,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	131,3	135,2	3,0
Feuerschutzsteuer	20,8	28,3	35,8
Biersteuer	81,4	80,4	- 1,2
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	5 402,7	5 379,7	- 0,4
Lohnsteuer	4 205,3	4 271,7	1,6
Veranlagte Einkommensteuer	382,3	206,9	- 45,9
Kapitalertragsteuer	193,2	229,4	18,7
Zinsabschlagsteuer	129,1	215,9	67,2
Körperschaftsteuer	492,7	455,8	- 7,5
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	2 738,9	2 701,4	- 1,4
Umsatzsteuer	2 271,7	2 304,9	1,5
Einfuhrumsatzsteuer	467,2	396,5	- 15,1
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	51,0	71,4	39,9
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	42,9	67,5	57,3
I n s g e s a m t	9 466,4	9 412,3	- 0,6

1) Da die Aufkommensintensität während des Jahres erheblichen Schwankungen unterliegt, dürfen unterjährige Ergebnisse nicht direkt auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden.

4 222 Vermögensmillionäre

Zum 1. Januar 1989 veranlagten die Finanzämter rund 48 000 vermögensteuerpflichtige natürliche Personen. Diese hatten ein steuerliches Gesamtvermögen von knapp 30 Mrd. DM, das entspricht einem durchschnittlichen Vermögen von 617 000 DM.

Über ein Individualvermögen von einer Million DM und mehr konnten 4 222 der Veranlagten verfügen. Bei einem Vergleich der relativen Anteile von Steuerpflichtigen und Gesamtvermögen in der Gliederung nach Vermögensgrößenklassen ist eine starke Konzentration bei den höheren Vermögen zu beobachten. 1 % der Veranlagten besaßen jeweils über 5 Mill. DM. Sie verfügten über 29 % des Gesamtvermögens.

47 % der Steuerpflichtigen waren erwerbstätig. Das durchschnittliche Vermögen der vermögensteuerpflich-

tigen Selbständigen war gut doppelt so hoch wie das der vermögensteuerpflichtigen Arbeitnehmer. hau

Mehr über dieses Thema auf Seite 282.

Informationstechnische Aus- und Weiterbildung

Das Konzept für die IT-Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung wurde auch für das Jahr 1995 weiterentwickelt. Insgesamt sind 51 Seminare geplant. Pro Seminar können 12 bis 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer geschult werden. Somit stehen an 136 Schultagungen insgesamt 788 Seminarplätze zur Verfügung.

Es lassen sich zwei Seminarreihen unterscheiden

- A Produktunabhängige Schulungen und
- B Produktbezogene Schulungen.

Zur Seminarreihe A gehören

- Einführung in die Bürokommunikation,
- Informationstechnik und Verwaltung,
- Datenverarbeitung – Einführung,
- Datenverarbeitung – Aufbaukurs,
- Datenschutz und Datensicherheit beim Einsatz dezentraler Systeme,
- Netzwerkkonzepte,
- Grundlegende Konzepte von Datenbanksystemen,
- Projektmanagement mit dem APC,
- Rationalisieren mit Textverarbeitung.

Für jedes Seminar werden 20 Plätze vorgegeben. Insgesamt werden in dieser Seminarreihe 22 Seminare angeboten.

Die Seminarreihe B umfaßt

- MS-WINDOWS – Einführung,
- MS-EXCEL – Einführung,
- MS-EXCEL – Aufbaukurs,
- MS-WORD für WINDOWS – Einführung,
- MS-WORD für WINDOWS – Aufbaukurs,
- MS-ACCESS – Einführung,
- MS-ACCESS – Aufbaukurs,
- NOVELL für Systembetreuer,
- UNIX für Anwender,
- UNIX für Fortgeschrittene.

Für jedes Seminar sind 12 Plätze vorgesehen, damit jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer an einem eigenen PC arbeiten kann. Diese Seminarreihe umfaßt insgesamt 29 Seminare.

Näheres enthält das Jahres-Fortbildungsprogramm des Statistischen Landesamtes.

70 000 Online-Abrufe pro Jahr

Die seit Juli 1990 bestehende Möglichkeit, die Daten des Landesinformationssystems unmittelbar abzurufen, wird inzwischen mittels 100 außerhalb des Statistischen Landesamtes installierter Terminals genutzt. Durchschnittlich erfolgen pro Jahr 70 000 Abrufe, mit denen mehr als 20 Millionen Datenzugriffe durchgeführt werden. Der Datenbestand des LIS ist auf 140 000 Merkmale angewachsen. Er hat sich in den letzten vier Jahren fast verdoppelt. dt

Mehr über dieses Thema auf Seite 286.

Neuerscheinung

Der Statistische Bericht „Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1989“ ist soeben erschienen. Erstmalig werden Berechnungen zum Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen sowie zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nach kreisfreien Städten und Landkreisen veröffentlicht. Bislang lagen derartige Angaben nur auf Landesebene vor. Das verfügbare Ein-

kommen ist der Betrag, der den privaten Haushalten für Konsumzwecke bzw. zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Es kann als Indikator für den „monetären Wohlstand“ der Bevölkerung einer Region angesehen werden. In Rheinland-Pfalz erreichte 1989 das verfügbare Einkommen je Einwohner 21 760 DM.

Der Statistische Bericht kann unter der Bestell-Nr. P II 2 – 1989 zum Preis von DM 1,50 beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz – Vertrieb der Veröffentlichungen – Mainzer Straße 14-16, 56130 Bad Ems, Telefon: (0 260 3) 71 245 bezogen werden. ker

Themen des letzten Heftes

Heft 10 / Oktober 1994

- Das Erntejahr 1994 - Eine erste Bilanz
- Umstellung der Statistiken im verarbeitenden Gewerbe
- Der Warenverkehr mit der Volksrepublik China
- Methoden der Datenmodellierung

Bevölkerung der Bundesrepublik nach Ländern

Land	Bevölkerung am . . .			
	31. März 1993		31. März 1994	
	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich
Deutschland	81 069 244	39 369 800	81 353 992	39 531 097
Baden-Württemberg	10 168 464	4 977 482	10 237 733	5 008 277
Bayern	11 793 305	5 754 847	11 869 884	5 789 352
Berlin	3 468 171	1 659 493	3 478 756	1 668 445
Brandenburg	2 547 921	1 243 665	2 534 997	1 239 040
Bremen	684 968	329 723	682 174	328 537
Hamburg	1 695 887	814 586	1 703 542	818 660
Hessen	5 937 228	2 907 925	5 967 138	2 922 496
Mecklenburg-Vorpommern	1 854 921	906 808	1 839 868	901 300
Niedersachsen	7 593 427	3 701 028	7 657 994	3 731 535
Nordrhein-Westfalen	17 700 955	8 577 233	17 767 070	8 611 918
Rheinland-Pfalz	3 892 141	1 900 041	3 931 198	1 920 562
Saarland	1 084 123	525 437	1 083 772	525 196
Sachsen	4 631 590	2 198 732	4 601 172	2 193 230
Sachsen-Anhalt	2 792 482	1 341 928	2 772 464	1 335 794
Schleswig-Holstein	2 683 333	1 308 115	2 697 306	1 315 237
Thüringen	2 540 328	1 222 757	2 528 924	1 221 518
Nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet	65 405 591	31 827 469	65 775 245	32 006 822
Neue Länder und Berlin-Ost	15 663 653	7 542 331	15 578 747	7 524 275
Berlin-West	2 171 760	1 031 052	2 177 434	1 035 052
Berlin-Ost	1 296 411	628 441	1 301 322	633 393

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.